MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG

MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924
1923

491 (25.10.1923) Mittag-Ausgabe

urn:nbn:de:bsz:mh40-209113

Verkaufspreis 100 Millionen Mark

Donnerstag, 25. Oktober · Mittag-Ausgabe · 1923 — Nr. 491

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim u. Umgebung in der laufenden Woche Mk. 1 000 000 000. Die monatlichen Bezieher verpflichten sich bei der Bestellung des Abonnements, die während der Bezugszeit notwendigen Preiserhöhungen zu bezahlen. Postscheckkonto Nummer 17300 Karlsruhe. — Hauptgeschäftsstelle Mannheim E 6, 2. — Geschäfts-Nebenstelle Neckarstadt, Waldhofstr. 6. Fernspr. Nr. 7041, 7042, 7043, 7044, 7045. Telegr.-Adr. Generalanzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich zweimal.

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung oder mit Zuschlag für Geldentwertung: Allgemeiner Anzeigen-Grundzahl 400 × Schlüsselzahl des Vereins deutscher Zeitungsverleger 12 000 000 = 4,800 000 000. Für Anzeig. an bestimmt. Tagen Stellen u. Ausgaben wird keine Verantwort. übern. Höh. Gewalt, Streike, Betriebsstörung. usw. berechtigen zu keinen Ersatzanspr. für ausgefall. od. beschränkt. Ausgaben od. f. versp. Aufnahme v. Anzeigen. Aufbr. d. Fernspr. ob. Gewähr. Gerichtsst. Mannheim

Beilagen: Der Sport vom Sonntag — Modezeitung — Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung

Pfalz, Bayern und das Reich

Hoffmann und de Metz

Die sonderbare Rolle, die bei den gestrigen Vorgängen auf dem pfälzischen Kreistag der sozialdemokratische Führer Hoffmann — nebst einigen anderen! — gespielt hat, wird jetzt durch einige Aufhellungen aus der Vorgeschichte des ungewöhnlichen Schrittes klarer. Darnach waren am Mittwoch bei dem Vertreter der Rheinlandkommission, General de Metz, die drei sozialdemokratischen Führer, Reichstagsabgeordneter Hoffmann aus Kaiserslautern, Rechtsanwalt Wagner aus Speyer und Bürgermeister Kleefoot aus Ludwigshafen erschienen und gaben ihm folgende Erklärung ab:

„In Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse in Bayern haben die Unterzeichneten beschlossen, daß die Pfalz unverzüglich einen selbständigen Staat im Rahmen des Reiches bilde unter Zusammenarbeit sämtlicher politischen Parteien der Pfalz. Sie bitten den Herrn General de Metz als Vertreter der Interalliierten Rheinlandkommission, von dem neuen Staat, der am Mittwoch gegründet werden soll, wohlwollend Kenntnis (!) zu nehmen. Sie verpflichten sich, von nun an feierlich und unbedingt mit der J. R.-K. in vollstem Einvernehmen für Gegenwart und Zukunft in der Erfüllung all der im Versailler Friedensvertrag die Reparationen und die für Frankreich erforderlichen Sicherheiten betreffenden Bestimmungen zusammenzuarbeiten. Für den Fall eines Wechsels der politischen Orientierung des Reiches, der sich gegen die Erfüllung formeller Verpflichtungen richtet, behält diese Verpflichtung ihren vollen Wert."

Da der Plan, die Angelegenheit vor den Kreistag, dem keiner der Drei angehört, zu bringen, in der beabsichtigten Form scheiterte, stehen diese Sozialdemokraten aber völlig isoliert da, zumal die sozialistischen Vertreter im Kreistag mit den übrigen Parteien für Ablehnung des Antrags Louis gestimmt haben. Uebrigens verdient erwähnt zu werden, daß bei der Unterredung mit den sozialdemokratischen Führern General de Metz u. a. erklärte, es wäre ihm lieber gewesen, wenn ein solcher Antrag von bürgerlicher Seite gekommen wäre. Aber er schien auch das, was geboten wurde, nicht ungern zu sehen, nicht weil es ihm genügt hätte, sondern weil er, wie sich am Mittwoch erwies, einen Ansatzpunkt für seine weitergehenden Ziele darin sah.

Weitere Besprechungen

Im Anschluß an die gestrige Sitzung des Kreistages fanden mehrere Besprechungen zwischen den politischen Parteien sowie mit der Besatzungsbehörde statt. Um 4 Uhr nachmittags waren die Kreise der Wirtschaft, die Vertreter der landwirtschaftlichen und Angestellten-Verbände, der Industrie, des Handels und Gewerbes zum General de Metz geladen worden. Diese Einladung war schon vor der gegenwärtigen Zuspitzung der politischen Lage ergangen und sollte hauptsächlich die Frage der Währung und die damit zusammenhängenden Probleme zum Gegenstand haben. Bei dieser Besprechung wurde auch die Frage der Selbständigmachung der Pfalz berührt, über die dem Kreistag am Vormittag von der Besatzungsbehörde eine Frist zur Entscheidung bis Freitag nachmittag 4 Uhr bewilligt worden war. General de Metz erklärte in der Besprechung mit den Wirtschaftsvertretern, der Sinn der Darlegung des Majors Louis sei durch ein bedauerliches Versehen des Uebersetzers entstellt (?) worden. Der General stellte fest, daß die Erklärung des Majors nicht identisch sei mit der Willensäußerung der sozialdemokratischen Unterhändler, die ausdrücklich verlangt hätten, die Pfalz solle im Falle ihrer Verselbständigung im Verbande des Deutschen Reiches verbleiben. Hierzu führte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für Kaiserslautern, der frühere bayerische Ministerpräsident Hoffmann aus, die Sozialdemokraten würden niemals für die Autonomie der Pfalz zu haben sein, wenn diese nicht als zum Deutschen Reich gehörig betrachtet werde.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die Angelegenheit noch nicht endgültig erledigt, sondern nur verschoben ist. Die Franzosen betreiben mit allen Mitteln den neuen Staat und General de Metz erklärt wiederholt kategorisch, daß er diesen Staat haben wolle und ihn schaffen werde.

Infolge dieser hochpolitischen Vorgänge ist die Frage der Schaffung eines

wertbeständigen Geldes in der Pfalz

völlig in den Hintergrund getreten. Bekanntlich hatte der Bezirksdelegierte verlangt, daß die zwischen dem General-Kreisdelegierten und den verschiedenen Organisationen schwebenden Unterhandlungen über diese Frage bis heute abend ein Ergebnis gezeitigt haben müßten. Verhandlungen in dieser Angelegenheit fanden, soweit bekannt, heute nicht mehr statt.

Die Auswirkungen auf Reich und Bayern

⊡ **Berlin**, 25. Okt. (Von unserm Berliner Büro.) Die Bestrebungen des früheren sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Hoffmann, die die Presse der Rechten in starken Worten als Landes- und Hochverrat brandmarkt, und die auch das „B. T." „absolut verwerflich" heißt, werden vom „Vorwärts" in Schutz zu nehmen versucht. Indessen bedeuten diese Versuche, bei denen Hoffmann-Kaiserslautern im Lichte eines „leidenschaftlichen Vorkämpfers der Reichseinheit" erscheint, doch nur eine recht lahme Verteidigung. Auch der „Vorwärts" muß bekennen: „Würden unsere Genossen etwas getan haben, was auch nur entfernt den Anschein erregt, als hätten sie bei der Rheinlandkommission Anschluß gesucht, so müßten wir das als eine unbegreifliche Ungeschicklichkeit auf das entschiedenste verurteilen."

Vielleicht ist bei dem Unglück aber auch etwas Glück im Spiel. Man hat den Eindruck, als ob die Vorgänge in der Pfalz auf die

Weiterentwicklung der bayerischen Dinge von günstigem Einfluß

sein könnten. Schon in den gestrigen Besprechungen der Ministerpräsidenten haben die Vorgänge in der Pfalz einen sehr breiten Raum eingenommen und in dem Sinne einer Verständigung gewirkt und die Erkenntnis gefördert, daß Einmütigkeit und Geschlossenheit der Länder erste Pflicht ist. Darüber hinaus hat auch die untadelige Korrektheit, die die Reichsregierung in der Frage bewahrt hat, ihren Eindruck auf München offenbar nicht verfehlt.

Aus München wird übereinstimmend gemeldet, daß die bayerische Regierung die Haltung des Kanzlers und des Reichskabinetts dankbar anerkennt. Die Affäre hat dem bayerischen Ministerpräsidenten Gelegenheit gegeben, in einem

Aufruf an die Pfälzer

feierlich zu erklären, daß bei dem Konflikt Bayerns mit dem Reich eine Trennung vom Reich niemals in Frage kommen könnte. — Weiter heißt es in dem Aufruf: „Unverantwortliche Elemente haben versucht, die Pfalz von ihrem Mutterlande loszulösen und aus ihr einen selbständigen Staat zu machen. Das sollte geschehen auf den Bajonetten der französischen Besatzung, mit der sich anscheinend diese Elemente ins Einvernehmen gesetzt haben. Sie wollten einem zwischen Bayern und dem Reich entstandenen Gegensatz, bei dem eine Trennung Bayerns vom Reich niemals in Frage kommen kann, zum Anlaß nehmen, um ein Unternehmen ins Werk zu setzen, das sich als Hochverrat am bayerischen Vaterlande darstellt und nicht anders als mit der Loslösung der Pfalz auch vom deutschen Vaterlande hätte endigen können. Der gesunde Sinn der Pfälzer, ihre Treue und ihr starker Glaube an ihr trotz tiefsten Unglückes geliebtes deutsches und bayerisches Vaterland hat den verabscheuungswürdigen Anschlag hochverräterischer Volksgenossen vereitelt. Die bayerische Staatsregierung sendet der Pfälzer Bevölkerung in allen ihren Schichten und Berufen für ihr standhaftes Verhalten, für ihre Treue und ihre Anhänglichkeit herzlichen Dank und höchste Anerkennung zugleich mit der Versicherung, daß der Pfalz ihre Treue zur bayerischen und deutschen Heimat unvergessen bleiben wird. Bayern und Pfalz, Gott erhalts zum Wohle unseres geliebten deutschen Vaterlandes."

Konferenz der deutschen Ministerpräsidenten

An Stelle der Reichsratssitzung fand eine Besprechung der Ministerpräsidenten der Länder statt, die sich mit der bayerischen Frage befaßten.

Der bayerische Gesandte v. Preger legte die bayerische Auffassung sowie die Entstehungsgeschichte und Entwicklung des Konfliktes zwischen Bayern und dem Reich in ausführlicher Rede dar. Er brachte zum Ausdruck, daß Bayern durchaus reichstreu sei, daß es aber den Wunsch nach einer Minderung der Ueberspannung des unitarischen Gedankens in der Reichsverfassung habe, der der Urgrund von Konflikten schon mit verschiedenen Reichsregierungen gewesen sei.

Danach legte der Reichskanzler im Namen der Reichsregierung die Gründe dar, die den Reichspräsidenten und die Reichsregierung veranlaßt hätten, noch am Tage der Verhängung des bayerischen Ausnahmezustandes den Reichsausnahmezustand zu erklären. Die Ernennung einer Persönlichkeit wie des Herrn v. Kahr zum Generalstaatskommissar in Bayern habe die Gefahr mit sich gebracht, daß rechtsradikale Kreise in anderen Teilen des Reiches ihre Stunde für gekommen hielten, und zu Gewaltaten verleitet würden. Dieser Gefahr sei der Reichsausnahmezustand als Vorbeugungsmittel entgegengestellt worden. Der Reichskanzler ging dann seinerseits ausführlich auf die Entwicklungsgeschichte des Konfliktes zwischen Bayern und dem Reich ein und hob bei aller Würdigung der Schwierigkeiten der bayerischen Regierung hervor, daß die Reichsregierung in ihrem Bestreben nach einer Beilegung des Konfliktes bis an die Grenze des Möglichen gegangen sei. Ebenso wie der Gesandte Bayerns den Wunsch zum Ausdruck gebracht habe, einen Weg zur Beilegung des Konfliktes zu finden, ebenso wünsche die Reichsregierung, daß es gelingen möge, einen Ausgleich zwischen Bayern und dem Reiche herbeizuführen. Zu dem vom Gesandten Preger vorgebrachten Verlangen Bayerns nach einer Herabminderung der Ueberspannung des unitarischen Gedankens, wies der Reichskanzler auf die von ihm schon wiederholt öffentlich betonte Absicht der Reichsregierung betr. Erweiterung der Rechte und Pflichten der Länder auf finanziellem und steuerlichem Gebiet hin. Bayern stehe es frei, weitere Anträge in dieser Richtung zu stellen, und es sei wohl möglich, daß es dabei auf die Zustimmung anderer Länder rechnen könne. Vorbedingung zu solchen Schritten sei aber die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände.

In einer längeren Besprechung vereinbarten die Ministerpräsidenten und Gesandten der Länder die

einstimmig angenommene Erklärung:

„In dem Konflikt zwischen Bayern und dem Reich stellen sich die Vertreter der Länder einmütig auf den Standpunkt der Reichsregierung. Sie halten eine schnelle Regelung der Personalfrage für notwendig, um ähnlichen Konflikten für die Zukunft vorzubeugen, verlangen die Länder einmütig die baldige Umwandlung des Militärausnahmezustandes in einen zivilen. Im Einverständnis mit dem Herrn Reichskanzler halten die Vertreter der Länder es für erwünscht, daß Verhandlungen über die fernere Gestaltung des Verhältnisses von Reich und Ländern im Sinne einer größeren Selbständigkeit der Länder zur geeigneten Zeit eingeleitet werden."

Im Anschluß hieran gab Staatspräsident Dr. v. Hieber dem Wunsche Ausdruck, daß sich das Reich und Bayern ins Benehmen setzen möchten, um schnell wieder normale Verhältnisse herbeizuführen. Der Reichskanzler erklärt die Bereitwilligkeit der Reichsregierung, den Weg der Verständigung zu gehen und mit Bayern die Einigung herbeizuführen. Die Reichsregierung sei ferner bereit, möglichst bald in Verhandlungen mit den Ländern einzutreten, um die Frage der

größeren Selbständigkeit der Länder

zu erörtern, wobei selbstverständlich der verfassungsmäßige Weg zu gehen sei. Endlich sei die Reichsregierung gewillt, sobald es die Verhältnisse irgendwie gestatten, den Reichsausnahmezustand vollkommen aufzuheben oder den militärischen Ausnahmezustand in einen zivilen umzuwandeln.

Die parlamentarische Lage

Die Reichstagssitzung am Freitag wird, wie wir schon ankündigten, ausfallen. Bei der noch ungeklärten Lage könnte die Regierung eine große politische Debatte — und dazu wäre es unter allen Umständen gekommen — schlechterdings nicht brauchen. Die demokratische Reichstagsfraktion wird trotzdem morgen vormittag zusammentreten, um zu den politischen Vorgängen, insbesondere zu dem Konflikt mit Bayern und zu den Ernährungsfragen Stellung zu nehmen. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat, wie der „Vorwärts" mitteilt, in seiner gestrigen Sitzung sich mit den Gefahren für die Reichseinheit beschäftigt, die im Süden und Norden sich gezeigt hätten. „Es gab keine Meinungsverschiedenheiten darüber, daß die sozialdemokratische Partei für die Einheit des Reiches kämpfen wird, wie sie es bisher stets und zuletzt noch von Aachen bis Wiesbaden im besetzten Gebiet getan hat." Auch durch diese vorsichtige Formulierung scheint so etwas wie eine Abschüttelung des Genossen Hoffmann-Kaiserslautern durchzuschimmern.

Smuts gegen Poincaré

Der südafrikanische Ministerpräsident, General Smuts, hat sich von je dadurch ausgezeichnet, daß er in seinen Kundgebungen niemals ein Blatt vor den Mund nahm. Nun hat der Minister, der zur britischen Reichskonferenz nach London gekommen ist, bei einem Essen des südafrikanischen Klubs eine Rede gehalten, die an diesem Ort, zu dieser Stunde und von diesem Manne gesprochen, peinliche Enttäuschung in Paris hervorrufen wird. Smuts sagte nämlich u. a.:

Vier Jahre seien seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles vergangen, aber einen Frieden gebe es noch nicht. Der Krieg sei nun auf das wirtschaftliche Feld übertragen, wo er heftiger und zerstörender geführt werde, als während des Krieges. Alle Sieger und Besiegten gingen

der sicheren, unvermeidlichen Niederlage

entgegen. Das internationale Chaos wachse. Ueberall sehe man bewaffnete Männer und riesige Heere, sogar unter den kleinen und neuen Staaten, die sich dies unmöglich leisten könnten. Die schwarzen Horden Afrikas seien herbeigerufen worden, um das moralische (!) und politische Gleichgewicht wieder herzustellen. Die menschlichen Grundsätze würden überall verhöhnt und entwürdigt. Die Lage erfordere eine radikale Neuregelung, und wo notwendig, eine Revision der bestehenden Vereinbarungen. Die Zeit sei gekommen

für die Einberufung einer großen Konferenz der Mächte,

die hauptsächlich an der Reparationsfrage interessiert seien. Weder die Reparationskommission noch der Völkerbundsrat sollten ersucht werden, diese Frage zu erörtern. Sie hätten nicht die Autorität oder Verantwortlichkeit, die auf den Regierungen der Mächte ruhe. Dies sei eine Sache der Machthaber und nicht der Agenten. Die Konferenz könnte beschließen, gewisse Untersuchungen an angeordnete Körperschaften zu verweisen, aber handeln und entscheiden müsse sie selbst. Beschlüsse von weitreichender Bedeutung müßten gefaßt werden.

Smuts fügte hinzu: Ich weiß, daß Verhandlungen im Gange sind, um eine derartige Konferenz zustande zu bringen. Daher werde ich davon absehen, mehr darüber zu sagen, ausgenommen, daß ich keinen Grund zu der Annahme habe, daß irgendwelche in Betracht kommenden Mächte es ablehnen würden, zu einer solchen Konferenz zu kommen. Aber ich glaube, daß die Abwesenheit der einen oder andern Macht die übrigen nicht daran verhindern sollte, zusammenzukommen und die Lage nach bestem Können zu behandeln. Es ist von vitaler Bedeutung, daß die Vereinigten Staaten als aktives Mitglied daran teilnehmen und ihr volles Gewicht in die Wagschale werfen, das entscheidender sein könnte als das Gewicht jeder anderen Macht. Smuts erklärte weiter, der Reparations-Gesamtbetrag müsse auf eine vernünftige Summe ermäßigt werden und nach dem letzten Schriftwechsel der britischen, der französischen und der belgischen Regierung erscheine es möglich, zu einer derartigen Summe zu gelangen. Jedenfalls sei ein Moratorium von etwa zwei Jahren für Deutschland notwendig, bevor die Zahlungen beginnen, damit Deutschland seine Währung reformieren und das Gleichgewicht seines Budgets wieder herstellen könne. Es könnten

keinerlei Reparationszahlungen von Deutschland geleistet werden, solange die Ruhrbesetzung fortdauere.

Die Ruhrbesetzung müsse ohne weitere Verzögerung zu einer unsichtbaren Besetzung gemacht werden. Die Ruhrbesetzung, die als ein produktives Pfand angesehen werde, sei eine direkte Ausbeutung des deutschen Gebietes, die von dem Friedensvertrag überhaupt nicht vorgesehen sei und bedeute, daß Frankreich seine eigenen Pläne an die Stelle des im Friedensvertrag vorgesehenen Planes setze. Was die Auflösung Deutschlands anbetreffe, so sei sie zurückzuführen teilweise auf die Schwäche des republikanischen Regimes, den Mangel jeglicher Führer, seine verfehlte Finanz- und Reparationspolitik. Die wirtschaftliche und politische Auflösung Deutschlands werde eine außerordentliche nicht wieder gut zu machende Katastrophe für Großbritannien und die zentraleuropäischen Staaten sein. Großbritannien müsse deutlich erklären, daß es unter gewissen Umständen die notwendigen Schritte für seine eigenen Interessen tun würde,

ohne Rücksicht auf ihre Wirkung auf alte Freundschaften

Das britische Volk beginne bereits über die französischen Rüstungen zu Lande und in der Luft beunruhigt zu werden.

Weiter sagte Smuts noch, das britische Volk werde zweifellos eingeladen werden, sich an den Verhandlungen im Ruhrgebiet zu beteiligen. Die hart bedrängten Industriellen werden sich vielleicht versucht sehen, die Einladung anzunehmen. Sein Rat sei, nichts mit der Ruhr zu tun zu haben. Die Erklärung der britischen Regierung habe es für Großbritannien unmöglich gemacht, in irgend einer Gestalt an dem Ruhrgeschäft teilzunehmen. Wenn das britische Reich ins Ruhrgebiet gehen würde, so könne dies nur auf dem Wege der allgemeinen legalen Regelung geschehen und nicht durch die Hintertür einer ungesetzlichen Besetzung.

Das britische Reich könne Deutschland die moralische Unterstützung geben

die für Deutschland in der jetzigen Stunde des Unglücks sehr viel, vielleicht alles bedeute. Smuts gab seiner Zuversicht Ausdruck, daß wenn Deutschland, wie er hoffe, einen letzten Appell mache, das britische Reich nicht einen Augenblick lang zögern werde, auf diesen Appell zu antworten und seine gesamte diplomatische Macht und seinen Einfluß anwenden wird, um Deutschland zu unterstützen und die Katastrophe zu verhindern, die für Europa und die Welt unendlich gefährlicher sein würde, als der Sturz Rußlands.

Jedes Wort Smuts ist ein Schuß ins Schwarze. Aber nicht nur in Paris, auch im englischen Kabinett und vornehmlich bei Baldwin selbst wird man die Wirkungen dieser Rede verspüren.

* * *

Für eine Konferenz in Paris

Londoner Blättern zufolge, sind wichtige Verhandlungen zwischen den Alliierten im Gange gewesen, um eine Konferenz der Staaten, die den Versailler Vertrag unterzeichnet haben, im Dezember nach Paris einzuberufen. Eine derartige Konferenz würde sich, wie verlautet, mit den zusammenhängenden Fragen der Reparationen und der interalliierten Schulden befassen. Jede Nation würde direkt vertreten sein, sodaß die Zusammenkunft folgende Vertreter umfassen würde: Frankreich: Poincaré, Großbritannien: Baldwin, Vereinigte Staaten: Hughes, Italien: Mussolini, Japan: Ochii, Belgien: Theunis, Canada: Mackenzie King.

MARCHIVUM

Südwestafrika: General Smuts, Neuseeland: Massey, Australien: Bruce. Die Absicht sei unabhängig von der Reparationskommission und dem Völkerbund zu handeln. Aber technische und andere Sachverständige, sowie deutsche Vertreter von hohem Rufe würden daran teilnehmen. Baldwins Erklärung am morgigen Tage werde vielleicht der Erwartung Ausdruck geben, daß eine derartige Konferenz an einem nicht allzufernen Zeitpunkt zusammentrete.

Uebergabe der deutschen Note an die Reparationskommission

Der Reparationskommission in Paris ist gestern eine Note der deutschen Regierung übergeben worden. Die Regierung macht darin Mitteilung von der durch die Erklärung vom 26. Sept. erfolgten Aufhebung des passiven Widerstands und der Verordnungen und Anweisungen über die Einstellung der Reparationsleistungen an die an der Ruhrbesetzung beteiligten Mächte. Die deutsche Regierung stellt ausdrücklich fest, daß sie grundsätzlich bereit ist, die Leistungen aus dem Vertrage von Versailles an diese Mächte wieder aufzunehmen und fährt dann fort:

Andererseits haben jedoch die wirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie sich seit Januar entwickelt haben, der deutschen Regierung tatsächlich die Möglichkeit genommen, jetzt die Geldmittel aufzubringen, die zur Bezahlung der Leistungen aus dem Versailler Vertrag erforderlich sind. Seit den Darlegungen der deutschen Regierung vom 14. und 27. November 1922 ist infolge der Besetzung des Ruhrreviers und der wirtschaftlichen und finanziellen Abtrennung des Rheinlands und des Ruhrgebiets von Deutschland eine grundlegende Aenderung in den Hilfsmitteln und in der Leistungsfähigkeit Deutschlands eingetreten. Die deutsche Regierung hat infolge der dadurch hervorgerufenen Zerrüttung der Wirtschaft und der Finanzen bereits am 11. August 1923 unter grundsätzlicher Anerkennung ihrer Leistungsverpflichtungen ihre

tatsächliche Unfähigkeit

erklären müssen, weitere Sachlieferungen an die alliierten Mächte zu bewirken. Aus dem gleichen Grunde ist sie auch jetzt tatsächlich außerstande, die Finanzierung dieser Leistungen fortzusetzen oder von neuem aufzunehmen.

Die deutsche Regierung stellt daher an die Reparationskommission den Antrag, gemäß § 234 des Versailler Vertrags in eine

Prüfung der Hilfsmittel und der Leistungsfähigkeit einzutreten

und den Vertretern der deutschen Regierung Gelegenheit zu geben, den gegenwärtigen Stand der Hilfsmittel und der Leistungsfähigkeit im einzelnen darzulegen, sowie ihre Maßnahmen zur Sanierung des Budgets und zur Stabilisierung der Währung mitzuteilen."

In der Note wird weiter die Reparationskommission von der Errichtung der Rentenbank in Kenntnis gesetzt. Ferner wird angekündigt, daß die deutsche Regierung ihre Bemerkungen zu den belgischen Vorschlägen der Reparationskommission schriftlich mitteilen wird. Gleichzeitig bittet die deutsche Regierung, deutsche Vertreter zur mündlichen Aeußerung über die belgischen Vorschläge zu empfangen.

Die Reparationskommission wird sich in ihrer Sitzung am Freitag mit der Note befassen und über die darauf zu erteilende Antwort beraten. Am Quai d'Orsay erklärt man, daß die französische Regierung vorläufig keinen Anlaß habe, zur Note Stellung zu nehmen. Im Laufe des gestrigen Tages traten die Minister und Unterstaatssekretäre unter dem Vorsitz Poincares zu einem Kabinettsrat zusammen.

Die Krisis an der Ruhr

Auch die Zechen werden stillgelegt

[redacted] **Berlin**, 25. Okt. (Von unserm Berliner Büro.) Die Zechen haben, wie aus Essen gemeldet wird, den schwerwiegenden Beschluß gefaßt, vom kommenden Montag an alle Betriebe des rheinisch-westfälischen Bergbaus zu schließen. Der Beschluß ist die Folge der ergebnislosen Verhandlungen, die sowohl die Vertreter der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer mit den Besatzungsbehörden geführt haben. Nach dem Scheitern dieser Besprechungen sehen auch die Zechen keine Möglichkeit mehr, die Mittel für die Löhne der Belegschaften aufzubringen. Von nächster Woche an werden also alle Bergleute der Erwerbslosenfürsorge anheimfallen. Nur kleine Teile der Belegschaft, die zur Sicherung der Anlagen dienen, werden in den Betrieben zurückbleiben. Ob auch die mit Hollandslieferungen beauftragten Zechen der Stillegung anheimfallen werden, steht noch nicht fest. Auf alle Fälle kommen wir in eine Periode schwerster Erschütterungen.

Holland befürchtet die Invasion deutscher Hungernden

Die „Daily Mail" meldet aus dem Haag, daß die Bewachung der deutschen Grenzen verstärkt worden sei, weil man in Holland eine Invasion deutscher Hungernden aus dem Ruhrgebiet befürchte.

Die Niederlage der Separatisten

[redacted] **Berlin**, 25. Okt. (Von uns. Berliner Büro.) Die heute vorliegenden Meldungen aus dem Westen lassen deutlich erkennen, daß die Putschisten auf der ganzen Linie zurückgeschlagen worden sind. Zur Befreiung Aachens sind den zuständigen Stellen heute vormittag ergänzende Nachrichten zugegangen, denen zufolge das Büro der Separatisten bei der Erstürmung vollkommen zertrümmert worden ist. Bei dem Kampf sind einige Personen getötet und einige verwundet worden. Es ist gelungen, die Akten zu beschlagnahmen und in Sicherheit zu bringen.

In Jülich wurden, wie weiter gemeldet wird, die Separatisten

aus den Fenstern des Rathauses geworfen

In Trier wird das Regierungsgebäude z. Zt. noch von den Verrätern gehalten, doch ist die Befreiung bereits im Gange. Die verhafteten Parteiführer, über deren Festnahme wir berichteten, sind inzwischen wieder freigelassen worden, bis auf das demokratische Mitglied, das man noch heute in Frankfurt zurückerwartet. In München-Gladbach ist die Lage gleichfalls zugunsten der Deutschen geklärt.

In Koblenz ist der Ansturm der Sonderbündler abgeschlagen. Etwa 300 von den Franzosen bewaffnete Separatisten langten mit der Regiebahn an und hißten auf dem Schloß die Flagge der Sonderbündler. Die Polizei holte die Separatisten später unter dem Jubel der Bevölkerung bis zum letzten Mann heraus. Koblenz ist demnach von den Verrätern vollkommen gesäubert, die mit knapper Not der Volksjustiz entgingen und Reißaus nahmen.

In Düsseldorf wurde nach der Köln. Ztg. einer Abordnung der Sonderbündler von der französischen Besatzungsbehörde auf ihre Anfrage erklärt: „Der General kann nicht zugeben, daß das Rathaus besetzt wird, die Sache ist noch nicht reif." Den Führern der Stoßtrupps der Sonderbündler wurde weiterhin mitgeteilt, daß sie, wenn sie die Ruhe störten, mit Maschinengewehren beschossen würden. Die Kommunisten haben den Generalstreik proklamiert.

Nur in Krefeld haben die Sonderbündler einen Erfolg errungen. Sie haben, nachdem sie das Rathaus mit Handgranaten beworfen hatten, es gestern nach längerem Kampf erobert und die übliche grün-weiß-rote Fahne auf dem Gebäude gehißt. Sonst aber ergibt eine Uebersicht über die Lage, daß sie überall im Rückzug sind.

In Bonn wird das Rathaus zwar noch von den Sonderbündlern gehalten, sobald aber die Besatzungsbehörde ihnen den Schutz entzieht, wird ihre Herrschaft ein Ende haben. In Mainz ist die sonderbündlerische Niederlage vollständig, auch aus Jülich sind sie restlos vertrieben. In M.-Gladbach wurde der alte Bürgermeister in das von den Sonderbündlern geräumte Rathaus getragen. Der sonderbündlerische Bürgermeister kam um sein Leben.

Eine Jammergestalt

Aus Aachen wird berichtet, daß sich Deckers an die Rheinlandkommission um Hilfe und Unterstützung gewandt habe. Er bitte die Kommission inständig darum, die Gebiete der provisorischen Regierung militärisch besetzen zu wollen, um die Arbeit gegen die Unmenschlichkeiten der Schupo preußischen Ursprungs zu beschützen.

Die Separatisten in Worms

Gestern abend gegen 11 Uhr erschien vor dem Hause des Sattlermeisters Kitt auf dem Obermarkt, wo die Sonderbündler tagten, ein Auto, dem etwa 7 bis 8 bewaffnete Personen entstiegen und mit vorgehaltenen Waffen auf die aus mehreren hundert Personen bestehende Menge, die auf dem Platz vor dem Amtsgerichte stand, eindrangen. Der Obermarkt selbst war von der Polizei abgesperrt. Als einer der Sonderbündler eine Ansprache an die Menge richten wollte, um die rheinische Republik zu verkünden, entstand ein solches Gejohle, daß der Sprecher nicht zu Wort kommen konnte. Kurz nach 11 Uhr fuhr das Auto mit den Bewaffneten wieder davon. Während der Abfahrt wurden aus dem Auto fünf Schüsse abgegeben, die das Signal für die ohnehin schon aufgeregte Menge waren, gewalttätig gegen die im Kittlerschen Hause befindlichen Sonderbündler vorzugehen.

Während die Menge versuchte, in das Haus einzudringen, wobei sie die Rolläden und Erkerscheiben zertrümmerte, wurde von den Insassen des Hauses auf die Menge geschossen und mit allen möglichen Hausgeräten und Dachziegeln geworfen, wodurch mehrere Personen verletzt wurden. Die anwesende Polizeimannschaft war nicht in der Lage, die erbitterte Bevölkerung von ihrem Vorhaben abzuhalten. Erst als weitere Polizeimannschaften herbeieilten und die inzwischen eingetroffenen Gewerkschaftsführer auf dem Obermarkt erschienen waren, gelang es der Polizei in Gemeinschaft mit den letzteren den Obermarkt zu säubern und die Leute in die Haardtgasse und nach dem Lutherplatz abzudrängen. Inzwischen waren noch französische Truppen erschienen, die dann die Menge zerstreuten. Der angerichtete Schaden ist ganz bedeutend.

Berlin, 25. Okt. Der Preis für Brot ist für Berlin ab heute auf 10 Milliarden erhöht worden. Die Gründe für die Erhöhung liegen im weiteren Steigen des Mehlpreises.

Die Umtriebe der Kommunisten

Die Umtriebe der Kommunisten

[redacted] **Berlin**, 25. Okt. (Von unserm Berliner Büro.) Im Restaurant des Gewerkschaftshauses wurden gestern von der Berliner Polizei sechs Kommunisten, unter ihnen der Stadtverordnete Dr. Rosenberg, und der Sekretär Pfeiffer, der Leiter der Organisation Berlin, verhaftet. Die Festnahme ist erfolgt, weil man Pfeiffer zur Last legte, sich trotz der Verbote weiter für die Bildung von proletarischen Hundertschaften eingesetzt zu haben. Pfeiffer ist in Haft geblieben, die anderen sind frei gelassen worden. Die Berliner Kommunisten wollten auch die Beerdigung eines bei den jüngsten Krawallen in der Umgegend des Berliner Rathauses verwundeten und dann gestorbenen Arbeiters zu dem üblichen großen Trauerrummel benutzen, bei dem eine pomphafte Ueberführung der Leiche nach einer Brauerei und dann nach Rixdorf geplant war. Die Polizei hat diese Leichenschändung verboten und nur die Trauerfeier genehmigt.

Ein unsinniges „Ultimatum"

[redacted] **Berlin**, 25. Okt. (Von unserm Berliner Büro.) Eine Funktionärversammlung der Berliner Buchdrucker hat gestern nachmittag mit großer Mehrheit den Beschluß gefaßt, von der Regierung in ultimativer Form bis heute 10 Uhr vormittag die Aufhebung des Verbots der „Roten Fahne" zu verlangen. Sollte die Regierung die Forderung ablehnen, so sollen sämtliche bürgerlichen Zeitungen sowie die Notendruckerei stillgelegt werden.

Laut „Deutscher Allgemeiner Zeitung" hat der Reichswehrminister die ultimativen Forderungen der Buchdrucker abgelehnt.

Die Buchdrucker galten früher für den intelligentesten Teil der Arbeiterschaft, aber das gilt wohl, wie der ebenso überaus frivole wie närrische Beschluß zeigt, wenigstens für Berlin nicht mehr.

Ablehnung des Staatsgerichtshofes

Vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig sollte gestern gegen eine Anzahl von Redakteuren kommunistischer Zeitungen sowie gegen Mitglieder der Zentrale der K. P. D. und des Reichsausschusses der Betriebsräte verhandelt werden. Im Namen der sämtlichen Angeklagten wurde dem Gericht ein Schreiben des Mitangeklagten Chefredakteurs der „Roten Fahne" Thalheim überreicht, in dem sie es ablehnen, vor dem Staatsgerichtshof zu erscheinen. Der Staatsgerichtshof beschloß, gegen die Angeklagten Haftbefehle zu erlassen.

Die Reichswehr in Sachsen

Das Reichswehrministerium teilt mit Bezug auf die Erklärungen des Ministerpräsidenten Dr. Zeigner im Sächsischen Landtag vom 22. Oktober mit, daß der Truppeneinmarsch in Sachsen nur zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung erfolgt sei. Alle anderen Gerüchte über den Zweck der dem Wehrkreis zugeführten Truppen seien ungerechtfertigte Kombinationen.

Die Franzosen in Baden

Kürzlich wurde in Kehl der Bahnarbeiter Friedrich Baumann von der französischen Gendarmerie verhaftet und nach Landau abgeführt unter der Beschuldigung, in seiner Wohnung eine Kiste mit verbotenen Apparaten in Verwahrung gehabt zu haben.

Die „Breisgauer Zeitung" in Freiburg ist, nachdem sie bereits für das altbesetzte Gebiet verboten war, nun auch für das gesamte neubesetzte Gebiet der belgischen und französischen Zone von den Besatzungsbehörden bis zum 21. November verboten worden.

Die Kohlenversorgung der Eisenbahnen

Zu der Annahme, daß die Reichsbahn nach Beendigung der Ruhraktion keine Kohle mehr aus dem Auslande zu beschaffen brauche, wird mitgeteilt, daß die Reichsbahn durch das unveränderte Verhalten der Besatzungsmächte auch heute noch ganz überwiegend auf ausländische Kohle angewiesen ist. Bisher konnte der Reichskohlenkommissar nur ein Drittel des Bedarfes der Reichsbahn an deutscher und polnischer Kohle durchschnittlich zuweisen. Die Fehlmenge ist seit dem Ruhreinbruch zunächst durch größere Mengen im Frühjahr und Sommer dieses Jahres gekaufter ausländischer Kohle gedeckt worden. Bei Beurteilung der Kohlenlage wird außerdem häufig übersehen, daß nicht jede Kohle als Lokomotivkohle versandt werden kann, sodaß hier und da verfügbar werdende deutsche Steinkohlen nicht ohne weiteres als Lokomotivkohle brauchbar sind. Auch vor der Ruhrbesetzung ist trotz voller Produktion der deutschen Steinkohlenreviere der Bedarf der Reichsbahn an Lokomotivkohle nicht restlos befriedigt worden. Auch die angeregte Verwendung von deutscher Braunkohle ist erfolglos geblieben. Im übrigen wird die Braunkohle in den Kraftwerken ausgenutzt, die den Strom für die Strecken des elektrischen Bahnbetriebs liefern.

Letzte Meldungen

* **Ford mit dem Kriegsgewinn!** Der amerikanische Automobilfabrikant Henry Ford hat erklärt, er werde dem Staat alle Gewinne, die er während des Krieges durch Munitionslieferungen gemacht hätte, in Höhe von 20 bis 30 Millionen wieder zurückerstatten.

Hamburg, 25. Okt. Auf der Werft von Blohm u. Voß erfolgte der Stapellauf des für die Hapag erbauten Motorschiffes „Saarland". Das neue Schiff wird nach seiner Fertigstellung in den Ostasien-Dienst eingestellt werden.

Wer auf sein Elend tritt, steht höher. Und das ist herrlich, daß wir erst im Leiden der Seele Freiheit fühlen. Freiheit! Wer das Wort versteht . . . !

Hölderlin.

* * *

National-Theater Mannheim

Sophokles: Oedipus der Tyrann

(erstmals in der Hölderlinschen Uebersetzung)

Aeschylus, Sophokles, Euripides und neun andere griechische Tragiker haben sich um die dichterische Bewältigung des Mythos gemüht, der, auf seine Grundlinien zurückgeführt, besagt: Lajos raubt den Sohn des Pelops; deshalb muß Oedipus unwissentlich den Vater morden, die Mutter freien und an sich selbst die Ahndung dieser freventlichen Taten vollziehen. Keine Schuld ethischer Art ist an diesem Oedipus zu finden, ein unentrinnbares Verhängnis, die Ananke, der zuletzt auch die Götter untertan sind, ist über ihm, der aus der Sonne höchsten irdischen Glückes „ins Wetter eines großen Schicksals gekommen". Oedipus, das ist das Lied von der menschlichen Ohnmacht, ein unendlich pessimistisches Gedicht. „Geburten der Sterblichkeit! Wie muß ich so ganz dem Nichts euch gleichschätzen im Leben." Hier berührt sich die modernste Tragödie mit der Antiken, wo der Mensch, nur weil er ist, leiden muß. Optimistisch dagegen ist das christlich orientierte Drama: die Passion ist der Weg zur ewigen Glückseligkeit. Das Glück ist ein Jenseitiges, Ewiges, Leiden ein Diesseitiges, zeitlich Begrenztes. Wohin führt uns Leid, fragt das christliche Drama — woher ward uns Leid, das antike und das modernste Drama, und die Antwort heißt: es ist, wie der Mensch. Dabei ist das antike Drama, besonders noch bei Aeschylos — bei Sophokles, wo der Mensch größer erscheint, schon gemindert — ganz und gar religiös-kosmisch bedingt, der ursprünglichen Kulthandlung nahe. Störungen dieser Kreise sind die letzten Ursachen menschlichen Leidens — der Urmythos von Lajos und Oedipus mit der Verletzung primitiv-elementarer Verbote enthält das nicht sehr deutlich. Aber es ist etwas bezeichnend Griechisches. Darum, was in dem Oedipus des Sophokles kaum angedeutet ist, kennt die hellenische Antike nur eine Schuld: die gegen die Götter, die Ueberhebung, die Hybris, also weniger eine ethische, als eine religiöse. Das noch ganz rein religiös-bedingte Drama ist also niemals in dem Sinne dramatisch, wie das Drama Shakespeares oder Kleists: es ist kein Kampf menschlicher Leidenschaften gegen menschliche Leidenschaft, nicht der Kampf von Mensch gegen Mensch, und es ist niemals die Auflehnung des goetheschen Prometheus gegen den Weltwillen. Das Schicksal ist dem Menschen gesetzt wie der Tod. Den Griechen ist [illegible] Darum ist der schuldlos leidende Oedipus eine tragische Erscheinung. Das kann nur aus der religiösen Voraussetzung verstanden werden. Diese fehlt uns heutigen.

Was aber ist es denn, was immer und immer wieder die Dichter bis zu Hofmannsthal und — sagen wir es trotz oder gerade wegen der gestrigen Aufführung — auch die Hörer so fesselt an diesem Oedipus des Sophokles? Uns fehlt die Gottgläubigkeit zu Apollon, der alles verhängt, uns fehlt das, vielleicht auch dem sophokleischen Griechen nur unterbewußt lebendige Empfinden von der Störung des Kosmos; das Leiden des Oedipus ist uns unverdient, sinnlos, empört uns, ist uns vielleicht sogar widerwärtig, ohne unser Mitleid zu erregen. Es ist die Form, es ist nicht der Oedipus, es ist der Sophokles, der uns packt; es ist nicht der Stoff, es ist die künstlerische Bewältigung, die Verdichtung des Stoffes; es ist nicht das Leiden des Oedipus, sondern das Lied von seinem Leiden, vom menschlichen Leiden überhaupt. Dieser straffe, geradlinige Bau, diese prachtvoll gegliederte Einheitlichkeit, diese mit einer unendlich genialen Technik gegebene Auflösung einer Schicksalsverknotung, diese wundervolle lyrische Elegie in der letzten Szene. In diesem ist die Wirkung begründet und in der letzten Weisheit, daß nichts Bestand hat auf dieser Welt. „Und blieb denn etwas treu, das du im Leben dir gewannst?"

*

Die Uebertragung ins Deutsche, die dem Ur-Sophokles am Nächsten kommt, am sichersten und reinsten seines Dichtertums und seines Griechentums Eigenart in Ton und Farbe festhält, diese Uebertragung müßte demnach die Nachdichtung sein. Ja und nein. Ja: zum Lesen, zum Dareinvertiefen, zum Auskosten der letzten Schönheiten (für den, dem der griechische Text nicht zugänglich ist) — nein: für die moderne Bühne. Die Hölderlinsche Uebertragung — 1804 erschienen — trotz ihrer Dunkelheiten ist unerhört stark im Ausdruck, in der Nachdichtung, in der Musik dieser Verse, ist geboren aus einer vielleicht niemals vorher und nachher erreichten Einfühlung in das Griechentum — weltenfern dem Griechentum der Klassiker und Klassizisten und der Didakten — aber sie ist theaterfremd. Es sei denn, daß ganz große Schauspieler darüber kommen, die den schwer zu sprechenden Vers zur Musik lösen, die alle gebundene Leidenschaft von innen durchglühen, die ohne Theatralik alle Schauer unendlichen Leides über uns jagen — und ein ganz großer Regisseur. Ich überschätze Hofmannsthals Nachdichtung nicht: sie verwischt das Griechische, sie verkleinert, weil sie psychologisiert, sie löst die Konturen impressionistisch in Farbe auf, aber sie ist (da und dort zuviel) theaterwirksam. Und mit dem lebendigen Theater haben wir es zu tun. Gewiß ist es nicht Reinhardts (Reise)-Aufführung im Rosengarten (mit Bonn, der Bertens und Josef Klein) allein, die damals den großen bleibenden Eindruck schuf — es ist auch die theatergemäße Nachdichtung gewesen, die uns den Oedipus so nahegerückt hat.

Ist nun gestern ein — ich will gar nicht sagen „groß" und gar nicht sagen „bleibend" — ist überhaupt ein anderer Eindruck entstanden als der des Befremdenden, und der des Langweiligen? Nein. Der Ursachen sind zwei. Die Hölderlinsche Dichtung, der sich Udo von Alchenbach mit einer sehr, sehr zurückhaltenden Behutsamkeit angenommen hatte, ist wie gesagt, nur in Ausnahmefällen für das Theater verwendbar. Sie ist für gewöhnlich zu schwer: zu schwer zu sprechen, zu schwer mit dem Ohr zu hören und zu schwer mit dem Gehirn zu fassen. Vor allem dann, wenn die Verse sprechtechnisch nicht gemeistert werden. Dann bleibt ihre Musik unerlöst und die Wortfügungen kollern heraus und taumeln daher wie trunken, oder klingen, breitstandiert, schülerhaft gesprochen, undeutsch und fremd. Und man hat den Eindruck einer Schulaufführung im humanistischen Gymnasium. Das, glaube ich, ist das schlimmste, was man einer Aufführung nachsagen kann. Geradezu erschreckend in den Chören gestern. Keine Musik, kein Rhythmus (skandieren ist nicht rhythmisch sprechen) aber ein einschläferndes Hinwälzen von Sätzen. So war das Ganze: man celebrierte breit, feierlich im Tempo unerträglich verschleppt, ohne Gliederung, ohne Aufschwung, ohne Akzent, ohne markerschütternden Aufschrei die Passion des Oedipus, die uns nichts anging.

Von den Darstellern hatten Musik in der Sprache und in der Geberde nur Frau Andor und teilweise Vogel. Von Einzelheiten der Stillosigkeiten, die Herr Holz als Regisseur nicht empfand, will ich nur eine erwähnen: daß der Bote aus Korinth sprach, als wenn ein Großvater mit Kindern spielt. (Wie ist so etwas möglich!) Wittgen mühte sich mit Ernst und Hingabe. Aber — das ist kein Tadel seiner Leistung — er ist noch zu jung für den Oedipus. Seiner Seele fehlen die Erlebniskomplexe, aus denen er müßte schöpfen können. Er ist zu aktiv, um diesen Dulder zu erschöpfen, zu unlyrisch. Er gab Situation statt Gestalt. So rang er mit der großen Rolle und unterlag: ehrenvoll. Die Erschütterung blieb aus. Aus Einzelheiten, schön und groß gesehen, wurde nicht ein Ganzes. Er wollte Einfachheit und gab Kargheit. Seine Geberde war monoton aus dem gleichen Grunde. Der dem Schwung der Diktion des jungen Schiller zu folgen vermochte, hing mit schwerer Zunge am Hölderlinschen Vers. Eggeriers Botenbericht ermangelte der dramatischen Gipfelung und der Teiresias Godecks hatte nichts von den Schauern um einen, der Verborgenes kraft göttlicher Begabung entschleiert und Zukünftiges weiß. Die Aufführung, der man durch eine Pause mitten in der Spannung den Nerv durchschnitten hatte, wurde begangen in einer Grabkammer des Tutenchamon, in nichts die theatralische Wirkung fördernd oder fördernd. Nach Faust nun dieses: wohin geht die Reise?

Dr. Fritz Hammes

MARCHIVUM

scheinen zu 5 und 50 Milliarden Mark zur Ausgabe. Die beiden Scheine lauten auf 2 bezw. 5 Millionen Mark. Der Rennwert ist in roter Farbe aufgedruckt. Der 5 Milliardenschein zeigt auf der Vorderseite die Ansicht des Mühlauhafens, der 50 Milliardenschein diejenige des Schlosses. Die Laufzeit endigt am 1. Januar 1924. Das Weitere ist aus der Anzeige in dieser Nummer zu ersehen.

* **Der Reichsindex** beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für Montag, 22. 10. auf das 3045fache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche betrug 340 Proz. Die am Erhebungstage eingetretene Dollarsteigerung kommt in der vorliegenden Indexziffer noch nicht zum Ausdruck.

* **Die Verdienst- und Einkommensgrenze in der Krankenversicherung** für die Versicherungspflicht der Angestellten usw. ist durch Verordnung des Reichsarbeitsministers mit Wirkung vom 22. Oktober ab auf 1200 Milliarden Mark und für das besetzte Gebiet auf 1500 Milliarden Mark jährlich festgesetzt worden.

* **Kirchensteuererhebung.** Der Minister des Kultus und Unterrichts hat seine Zustimmung dazu erklärt, daß Einzug und Betreibung der evangelischen Landes- und der evangelischen Ortskirchensteuer innerhalb der Ortskirchensteuerzweckverbände Heidelberg, Karlsruhe, Mannheim, Pforzheim und Freiburg für das Kirchensteuerjahr 1923 durch die evangelischen Kirchensteuererhebungsstellen dieser Großstadtgemeinden unter Anwendung der einschlägigen Vorschriften der katholischen Landeskirchensteuerordnung und der katholischen Ortskirchensteuerordnung erfolgt.

* **Schulfrei für die Kartoffelernte.** Das Unterrichtsministerium hat den Schulbehörden die Ermächtigung erteilt, den Schülern auf Antrag freizugeben, soweit es zur Einbringung der Kartoffelernte erforderlich erscheint.

* **Die neue Preiserhöhung des markenfreien Gebäcks,** auf die wir in letzter Nummer vorbereiteten, ist heute eingetreten. Ein Brötchen kostet 260 Mill. (bisher 150 Mill.), ein Zweipfünder-Halbweißbrot 4,5 Milliarden (2 Milliarden) und ein Einpfünder-Weißbrot 2,9 Milliarden (660 Millionen).

* **Durch eine Störung in der Stromlieferung,** die 25 Minuten dauerte, wurden heute morgen kurz vor 8 Uhr die Betriebe, die auf elektrische Kraft angewiesen sind, stillgelegt. Wie uns vom Elektrizitätswerk mitgeteilt wurde, trat eine Stockung in der Fernstromzufuhr ein. Die Straßenbahn, die ebenfalls stillstand, konnte zuerst wieder dadurch in Bewegung gesetzt werden, daß man ihr Stadtstrom zuführte. Infolge der Störung, die in unserem Betriebe 45 Minuten ausmachte, weil das Blei der Setzmaschinen erkaltete, entstand in der Herstellung vorliegender Nummer eine Verzögerung.

Veranstaltungen

♂ **Theaternachricht.** Samstag, den 27. Oktober findet im Neuen Theater die Erstaufführung des Schwanks „Der Mustergatte" von Avery Hopwood, für die deutsche Bühne bearbeitet von Pogson, statt. Die Spielleitung hat Karl Marx.

♂ **Künstlertheater „Apollo".** Das Gastspiel Heinrich Prangs nähert sich seinem Ende. Von heute ab wird der unverwüstliche Schwank „Auch ich war ein Jüngling" von Neal und Ferner gegeben.

♂ **Edith von Schrenk** wird morgen Freitag im Versammlungssaal ihren einzigen Tanzabend hier in Mannheim veranstalten. Am Flügel wird Kapellmeister Werner von Bülow begleiten.

♂ **Wohltätigkeitskonzert in der Christuskirche.** Zum Besten der Armen- und Krankenschwestern-Station findet am Sonntag nachmittag (28. Oktober) in der Christuskirche ein Konzert mit Werken „Alter Meister" statt. Besonderes Interesse dürfte die Wiederholung der im „collegium musicum" des Freien Bundes aufgeführten Florentiner Dommotette von Dufay beanspruchen, die wiederum durch einen Chor von Knaben-, Frauen- und Männerstimmen zu Gehör gebracht wird. Als Neuigkeit wird ferner die biblische Szene „Der zwölfjährige Jesus im Tempel" von Heinrich Schütz zur hiesigen ersten Aufführung kommen. Mitwirkende sind: Arno Landmann und einige Gesangssolisten, der Bachchor der Christuskirche und das Orchester der Stamitzgemeinde. Die Leitung hat Kapellmeister Max Sinzheimer.

♂ **Vergnüglicher Abend bei Hans Reimann.** Von Karl May bis Hedwig Courths-Mahler via König August von Sachsen nennt Hans Reimann seinen Abend in der Harmonie, für den er für den 28. verpflichtet werden konnte.

♂ **Der Nibelungensaal-Abend „Bunte Sträuße"** findet nunmehr unter der musikalischen Leitung von Karl Eberts am kommenden Samstag statt. Elise De Bank und Hugo Bolsin bringen den Schwank „Der Geburtstag" von Jakob Strauß, dem bekannten Mannheimer Lokaldichter, zur Wiederholung. Gretel Nestler wird als Solotänzerin in Mannheim erstmalig auftreten, nachdem sie anderorts schon große Erfolge erzielt hat — ein späteres Gastspiel der bekannten Nestler-Schule ist in Aussicht genommen —. Den gesanglichen Teil bestreitet Helmut Neugebauer vom Nationaltheater.

* **Einführung in das Strafrecht.** Die Handelshochschule veranstaltet eine Vorlesungsreihe, die in das Strafrecht einführen und Strafrechtsfälle des täglichen Lebens behandeln soll. Die Vorlesungen finden jeweils Freitag abends in A 1, 2, Saal 7, statt, erstmals am 9. November.

Kommunale Chronik

Der Vorstand des Deutschen Städtetages

befaßte sich im Berliner Rathaus mit den großen brennenden Fragen der Finanzpolitik, der Wohnungswirtschaft und der Vereinfachung der Armen- und Wohlfahrtsverwaltung.

In der Steuerfrage sieht der Städtetag nach wie vor in der Zuweisung kommunaler Steuern und der Wiederherstellung der Steuerautonomie der Gemeinden den einzig möglichen Anfang zu einem Ausweg aus der gegenwärtigen Finanzkatastrophe der Gemeinden. Dabei muß aber auch nach Auffassung des Städtetages daran festgehalten werden, daß die Einkommensteuer eine reichsgesetzlich zu regelnde Steuer bleiben muß. An eine endgültige Sanierung der Gemeindefinanzen kann freilich erst dann herangegangen werden, wenn die Währungsfrage durchgeführt ist. Bis dahin ist es auch unbedingt nötig, die Notaushilfen, mit denen das Reich zur Zeit durch Besoldungszuschüsse, Wohlfahrtszuschüsse und Kredite die Gemeinden über Wasser hält, beizubehalten.

In der Wohnungswirtschaft kann sich der Städtetag nicht mehr der Erkenntnis verschließen, daß die bisherige Wohnungswirtschaft, aufgebaut auf dem Höchstmietengesetz und dem Wohnungsbauabgabengesetz, das Ziel, eine ausreichende Erhaltung der Altwohnungen zu sichern und die erforderlichen Neubauten zu ermöglichen, nicht erreichen wird. Der Städtetag hält es daher für unvermeidlich auch auf dem Gebiet der Wohnungswirtschaft an das Problem der Anpassung an den gegenwärtigen Geldwert entschlossen heranzugehen. Freilich würde es für die Wirtschaft ganz untragbar sein, etwa die Mieten in kurzer Frist einfach auf den Friedensgeldwert hinaufzusetzen, vielmehr ist nur ein schrittweises Vorgehen, angepaßt an die Leistungskraft der Bevölkerung, möglich.

In der Armen- und Wohlfahrtsverwaltung besteht ein außerordentlicher Verwaltungsleerlauf infolge der veralteten Unterstützungswohnsitzgesetzgebung und infolge der Art des Verrechnungsverfahrens bei den Sozial- und Kleinrentnern sowie bei den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Notwendig ist, daß alle Zweige der Wohlfahrtspflege zu einer einheitlichen allgemeinen Fürsorge verbunden werden, daß die alte Unterstützungswohnsitzgesetzgebung auf gänzlich neue vereinfachte Grundlagen gestellt und ebenso das Verrechnungsverfahren für die Nachkriegswohlfahrtspflege wesentlich vereinfacht wird.

Der Kampf gegen die Erhebung der Preise für Gas, Strom und Wasser in Goldmark

geht in Darmstadt mit unverminderter Heftigkeit weiter. Neuerdings hat der Verkehrsverein in Verbindung mit dem Mietervverein eine öffentliche Versammlung in den städt. Saalbau einberufen, woselbst die Bevölkerung Darmstadts Stellung nehmen wird. Auch in der auf heute Donnerstag angesetzten Stadtverordneten-Versammlung wird sich ein heißer Kampf entwickeln, da als erster Punkt die Gas- und Wasserpreise verhandelt werden sollen. Inzwischen ist eine Bekanntmachung der Heag erschienen, wonach die Strompreise nach Verhandlungen mit dem Ministerium des Innern und den Kreisämtern unter Berücksichtigung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und in Anbetracht der inzwischen aufgehobenen Kohlensteuer für Lichtstrom auf 50 Goldpfennige, für Kraftstrom auf 32 Goldpfennige pro cbm festgesetzt worden sind. Die ausgegebenen Gutscheine werden bis 31. ds. Mts. erstreckt.

Die Berliner Handwerkskammer fordert die Einführung von Wertmarken für Gas und Strom

Infolge wiederholt eingelaufener Beschwerden über die Preispolitik des Magistrats bezüglich der Gas- und Stromlieferung hat der Vorstand der Handwerkskammer zu Berlin eine Eingabe an die Stadtverwaltung gerichtet, die den Vorschlag enthält, Marken auszugeben, die für eine bestimmte Zahl von Kubikmetern oder Kilowattstunden gelten. Zugleich ist die Stadtverwaltung ersucht worden, bei der Festsetzung der Preise auf die schlechte finanzielle Lage des Handwerks Rücksicht zu nehmen.

Kleine Mitteilungen

Der Berliner Magistrat hatte wegen des Kohlenmangels die Heizung der Schulen bisher verboten; er hatte den Heizern eingeschärft, daß auch wenn die Direktoren oder Rektoren sie veranlassen sollten, zu heizen, die Heizung zu unterbleiben hat. Diese Maßnahme führte zu völlig unhaltbaren Zuständen. Die Schüler und Schülerinnen hatten in den letzten Tagen bei 10 Grad und weniger frierend in Mänteln dagesessen und dem Unterricht folgen müssen. Die Folge davon war, daß jeden Tag neue Schüler fehlten. Selbstverständlich erging es den Lehrern nicht besser. Einige Schulen hatten wegen der Kälte ihre Schüler vorzeitig nach Hause gesandt, was wohl kaum der Zweck eines geordneten Schulbetriebs sein dürfte. Infolge dieser Erfahrungen ist angeordnet worden, daß sofort mit der Heizung der Schulräume begonnen wird. Wenns allerdings in Berlin so warm wie in Mannheim ist, wird die Heizung überflüssig sein.

Aus dem Lande

ch. **Neckarbischofsheim,** 24. Okt. Auf dem alten Wege Helmstadt—Neckarbischofsheim wurde der Kronenwirt Wilhelm Hauck überfallen. Der Täter überfiel den Hauck von hinten, beraubte ihn seiner Barschaft und seines Sackes, in dem sich Formalin befand. Der Ueberfallene glaubt den Täter in der Person eines jungen Burschen aus Helmstadt erkannt zu haben.

ch **Unterschwarzach,** 24. Okt. Die Einbringung der Rübenernte ist nahezu beendet. Die Erträgnisse sind sehr günstig. Die Kartoffeln sind nahezu alle im Keller. Die Verkaufspreise schwanken sehr, man kann nur noch von Tages-, vielleicht sogar Stundenpreisen sprechen.

* **Karlsruhe,** 25. Okt. Am Mittwoch früh wurde der über 70 Jahre alte Rabbiner Dr. S. Schiffer an der Kreuzung Hebel-Karl Friedrichstraße von einem Straßenbahnwagen der Linie 5 angefahren und derart zu Boden geworfen, daß er einen Schädelbruch erlitt und in lebensgefährlich verletztem Zustande ins Städt. Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Verunglückte hatte am gestrigen Abend das Bewußtsein noch nicht zurückerlangt.

* **Singen a. H.,** 24. Okt. In den Aluminiumwalzwerken ist ein Abkommen getroffen worden, wonach in Zukunft die Löhne auf der Goldmarkbasis ausbezahlt werden. Als Spitzenlohn ist für den gelernten Arbeiter der Wert von 45 Centimes festgesetzt. Die Auszahlung des Lohnes erfolgt nach dem in Frage kommenden Kurs des Stichtages. Das Abkommen hat eine Dauer von 4 Wochen.

Nachbargebiete

* **Ludwigshafen,** 24. Okt. Ein Gipser namens Breisch, der sich vorübergehend in der hiesigen Wirtschaft „Zur Stadt Mainz" aufhielt, wurde gestern vormittag gegen 11 Uhr in der Frankenthalerstraße von einem Personenauto überfahren und derart verletzt, daß er nachmittags im Städtischen Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen ist. Der Lenker des Autos, der ohne Führerschein war, wurde vorübergehend festgenommen.

r. **Landau,** 23. Okt. Ein Opfer der Zeitverhältnisse ist die Kleinkinderbewahranstalt geworden, die seit vierzig Jahren den erwerbstätigen Müttern so große Dienste geleistet hat. Wegen Geldmangel, über den auch einzelne namhafte Spenden nicht hinweghelfen konnten, mußte die Anstalt ihre Pforten schließen. — Im Gaswerk geriet der Kohlenvorrat durch Selbstentzündung in Brand. Man ist nach zwei Tagen Arbeit dem Brandherd nahegekommen und glaubt den Brand bald löschen zu können. Das fehlt gerade noch, daß die teuren Kohlen so nutzlos verbrennen. Das Gaswerk sieht sich gezwungen, zur Goldmarkrechnung überzugehen. Voraussichtlich werden 35 Goldpfennige für den cbm Gas, 80 Goldpfennige für die Kilowattstunde Licht und 60 für Kraft zu Grunde gelegt. Das Werk sieht selbst voraus, daß sich derart hohe Papiergeldbeträge ergeben, wie sie wohl der größte Teil der Bevölkerung nicht mehr aufbringen kann.

* **Frankfurt a. M.,** 23. Okt. In der Glauburgstraße wollte eine 22jährige Ehefrau ihr Kind, das vor die Straßenbahn gelaufen war, von den Schienen herunterreißen. Dabei geriet sie selbst unter den Wagen und erlitt so schwere Verletzungen, daß sie kurz darauf starb. Das Kind blieb unverletzt.

Gerichtszeitung

Mannheimer Schwurgericht

(Dritter Tag)

Ein geständiger Brandstifter

Mannheim, 24. Okt. In der Nachmittagssitzung wurde gegen den Zigarrenmacher Philipp Kreimes aus Hockenheim wegen Brandstiftung verhandelt. Kreimes ist hinreichend verdächtig, vorsätzlich am 6. August 1922 den der Gemeinde Rellingen gehörenden Wald in Brand gesetzt zu haben, wodurch ein Schaden von damals 300 000 M entstand. Der Angeklagte ist 1866 in Hockenheim geboren. In Süddeutschland ist er so ziemlich herumgereist, da er nirgends ständige Arbeit hatte, und lebte größtenteils vom Bettel. Ursprünglich wollte er gar keinen Gemeindewald, sondern einen Staatswald anzünden. Während des Brandes lief er nach Schwetzingen und machte Meldung von dem Feuer. Nach dem Grunde gefragt, warum er denn lieber einen Staatswald anzünden wollte, meinte er, der Staat könne den Schaden doch besser vertragen als eine Gemeinde. Der Vorsitzende hält ihm vor, daß er kein Freund vom Arbeiten sei. Der Angeklagte hat ziemliche Vorstrafen, doch sind diese nicht schwerer Natur. Ein Richter hat ihm einmal geraten, doch auch ins Preußische zu gehen. Der Angeklagte hat daraufhin erwidert, daß er dahin nicht gehen wolle, da es ihm im Badischen noch recht gut gefalle. Er hat die Brandstiftung begangen, um in „geordnete Verhältnisse" zu kommen.

Ein Oberförster von Wiesloch wird als Sachverständiger vernommen. Er meinte, daß am Brandtage ziemlich Windstille herrschte. Wäre ein starker Wind gegangen, so hätte die Ausdehnung des Feuers recht bedenklich werden können. Nach dem Gutachten des Gefängnisarztes Dr. Göhmann gehört der Angeklagte zu der Kategorie von Faulenzern, die es nirgends lange aushalten und die bei schönem Wetter das Bündel schnüren. Kreimes sei ein schwachsinniger Landstreicher, für die Tat jedoch verantwortlich.

Der Staatsanwalt Dr. Feiler stellt fest, daß der Angeklagte, der seit längerer Zeit in Untersuchungshaft sitzt, geständig ist. Kreimes habe die Tat begangen, um in geordnete Verhältnisse zu kommen. Unter diesen verstehe der Angeklagte offenbar das Gefängnis. Der Staatsanwalt bittet die Geschworenen, die Schuldfragen zu bejahen. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Alt, hält mildernde Umstände für angebracht. Es müsse dem Angeklagten auch zugute gehalten werden, daß er seine Brandstiftung selbst angezeigt habe.

Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage und traten für mildernde Umstände ein. Der Staatsanwalt beantragte hierauf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. Der Angeklagte, der auf die verschiedenen Fragen keine dummen Antworten gab, führte zu seiner Entschuldigung aus, daß er gerne arbeiten würde, wenn sich Beschäftigung biete.

Das Urteil lautete auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis abzüglich der Untersuchungshaft von 2 Monaten. Das Gericht hat mildernde Umstände angenommen, da der Angeklagte geständig und etwas schwachsinnig ist. Kreimes, der den Urteilsspruch anscheinend nicht richtig kapiert hat, fragte den Vorsitzenden hierauf ganz bestürzt, wo er denn übernachten solle. Der Vorsitzende beruhigte ihn jedoch mit der Bemerkung, daß dafür schon gesorgt sei. eh.

Die Spionin und ihre Liebhaber.

Die Geschichte beginnt mit einer Kaffeehausbekanntschaft in München. Herr Karl Risselbeck, Führer einer Abteilung der Roßbach-Brigade in München, lernt in einem Schwabinger Kaffeehaus eine Frau Kati kennen. Sie ist ganz hübsch und leidlich elegant. Man freundet sich an, man lernt sich lieben, obgleich Kati ganz andere politische Ansichten hat als Karl Risselbeck. Sie behauptet, die Geschichte von der Schwarzen Schmach sei Blödsinn, und die französischen Offiziere seien angenehme Leute. Obgleich derartige Reden auf den Roßbachmann eigentlich wie ein rotes Tuch hätten wirken müssen, geschah nichts dergleichen. Man besuchte Bars und Tanzen und amüsierte sich nach Kräften. Eines Tages aber in einer zärtlichen Stunde wurde Kati deutlicher. Sie meinte, Karlchen solle ihr doch etwas von seinen Geheimnissen erzählen, nicht von denen der Liebe (die ja jedermann hat), sondern von den Geheimnissen der Roßbach-Organisation, ob die Reichswehr Verbindung mit Roßbach und Hitler habe, wie stark genug sei, um gegen Frankreich Krieg zu führen. Dieses Verlangen machte Karlchen bedenklich. Er klopfte auf den Busch, und Kati sah zu, daß Mitteilungen über diese Dinge von den Franzosen gut bezahlt würden. Herr Risselbeck sah sich nun in einer Zwicknühle; das an sich nette Verhältnis abzubrechen, wäre schade gewesen, andererseits konnte er als anständiger Roßbachmann doch nicht gut mit einer Spionin paktieren. Er entschloß sich, den bequemen Mittelweg zu gehen: also machte er seiner Organisation Meldung, daß er eine französische Spionin kennen gelernt habe, und erbot sich, sie weiter zu beobachten. Und das wurde ihm gestattet. Das Glück des verliebten Paares war also gesichert. Aber Kati war nicht nur Herrn Risselbecks Freundin, sondern sie hatte auch einen Freund unter den Nationalsozialisten, einen Herrn Weber, der im hoffnungsvollen Alter von 18 Jahren stand, ferner einen dritten bei den Sozialdemokraten, seines Zeichens Kunstmaler, und noch einen vierten mit fremdländischem Namen, der kam und ging und den eigentlich niemand kannte. Mit dem kleinen Nationalsozialisten versuchte sie es genau so zu machen wie mit ihrem Freund Risselbeck. Aber die Jugend ist bekanntlich schnell fertig mit dem Wort, und als sie dem Weber gegenüber Risselbeck als „gutes Beispiel" hinstellte, ging Weber zur Polizei und zeigte Risselbeck an. Da kam nun die ganze Geschichte ins Rollen. Es stellte sich heraus, daß Kati eine Frau Bruhns-Brüning war, die zwar von Geburt bayerischer Nationalität war, seit längerer Zeit aber im besetzten Gebiet lebte. Sie war in erster Ehe geschieden, in zweiter Ehe mit einem Artisten verheiratet, der nacheinander Vortragskünstler, Bergarbeiter und Versicherungsagent wurde und der sich jetzt in Düsseldorf aufhält. Es stellte sich ferner heraus, daß ihre Korrespondenz mit ihrem Manne nicht ganz einwandfrei war, und sie wurde infolgedessen verhaftet. Dieser Tage hatte sie sich vor dem Strafsenat des Reichsgerichts wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu verantworten. Der Senat sprach sie schuldig: Sie muß ihr Verbrechen mit 1½ Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht büßen.

10 Jahre Zuchthaus für einen deutschen Ehrenmann.

Am 17. Oktober stand Kapitänleutnant Rudolf Andler vor dem französischen Kriegsgericht in Mainz. Er ist ganz Offizier. Scharfsinnig gab er einen Bericht über die Tatsachen, die ihm zur Last gelegt werden. Er hat geglaubt, daß es im Interesse Deutschlands liege, die Kohlentransporte auf dem Rhein-Herne-Kanal zu unterbinden. So faßte er den Plan, den Kanal an einer ihm günstig erscheinenden Stelle zu sprengen. Eine Erkundung ergibt, daß der Plan ausführbar ist. Er nimmt endgültig von dem Plan Abstand, als ein Sachverständiger ihn darüber belehrt, daß die Sprengung nur ein kleines Loch im Kanal verursachen würde, das in wenigen Stunden auszubessern sei. Die ursprünglich auf versuchte Sabotage lautende Anklage wurde fallen gelassen, da man nicht einmal den Beginn einer Ausführungshandlung nachweisen kann. Die Anklage lautet einfach auf Zusammenschließung einiger Personen zur Begehung eines Verbrechens gegen Personen oder gegen Eigentum. Die Erörterung des Vorlebens Andlers gab ein Bild ruhmreicher militärischer Vergangenheit. Er entstammt einer militärischen Familie. Im Kriege hat er auf dem Linienschiff „Markgraf" an der Skagerrak-Schlacht teilgenommen und dann das U-Boot 96 kommandiert. Nachher war er zunächst Mitglied des Freikorps Ehrhardt, hat sich aber seit Juli 1920 in das Privatleben zurückgezogen und bekleidet in Essen die Stellung eines Prokuristen bei einer Bergwerksgesellschaft. Er ist auch Inhaber der Rettungsmedaille, die er an Bord durch zweimalige Rettung eines Matrosen erwarb. Die Namen der zwei Arbeiter und der dritten Person zu nennen, die bei der Verabredung über die Begehung der Tat zugegen waren, hat er bis heute abgelehnt und blieb auch bei der Weigerung. Der französische Kriminalkommissär, der die Untersuchung geführt hat, bezeichnete ihn als den Typ des Offiziers. Keine Ausflüchte, keine Lügen, ein Mann, der seine Kameraden nicht verrät, der es verschmäht, für sich eine Lüge zu gebrauchen. Selbst der Staatsanwalt muß Andler seine Hochachtung aussprechen: „Ich achte diesen Mann, ja, ich zögere nicht, dies auszusprechen. Es ist mir eine Genugtuung gewesen, mit einem solchen Mann einige Stunden in der Voruntersuchung verbracht zu haben. Aber das Gesetz ist schwer. Verabredung zur Begehung von Verbrechen wird mit schwerer Zuchthausstrafe bedroht. Lassen Sie sich nicht durch die Sympathie für die Persönlichkeit des Angeklagten bestimmen. Wappnen Sie Ihr Herz. Verschließen Sie sich jeder Milde." Das Urteil lautet: „Schuldig" mit vier gegen eine Stimme unter Verneinung mildernder Umstände. Zehn Jahre Zuchthaus.

*

⚖ **Wuchergericht Mainz.** Der Händler Ambrosius Derfeth hatte anfangs Juli aus Framersheim 44 Zentner alte Kartoffeln gekauft, und zwar um den Preis von 62 000 M pro Zentner, und dieselben im Kleinverkauf für 170 000 M pro Zentner verkauft. Er war deshalb der übermäßigen Preissteigerung angeklagt. Der Staatsanwalt war der Auffassung, daß dem Unfug, der in vielen Branchen Platz gegriffen, unbedingt gesteuert werden müsse. Alle Kosten würden einfach auf den Verbraucher abgewälzt. Er beantragte Gefängnis- und Geldstrafen und Einziehung des übermäßigen Gewinnes, ferner Urteilspublikation. Das Gericht betonte in seinem Urteil, mehr wie 120 000 M für den Zentner hätte der Angeklagte nicht fordern dürfen, er habe übermäßigen Preiswucher getrieben. Der Angeklagte wurde zu einer Woche Gefängnis, 100 Millionen M Geldstrafe und Einziehung von 1,5 Millionen M Uebergewinn verurteilt. Auch wird das Urteil auf seine Kosten veröffentlicht.

Sportliche Rundschau

Pferdesport

ks. **Die schnellsten Traber der Welt** waren in diesem Jahre — selbstverständlich lauter Amerikaner — die folgenden: Der Zweijährige Guy Richard v. Guy Axworthy 1:19,1, die Dreijährigen Hollywood Leonard v. Chestnut Peter, Thompson Dillon v. Dillon Axworthy und The Senator v. Peter the Great, die alle drei 1:17,8 trabten, der Vierjährige Lee Worthy v. Lee Axworthy 1:16 und der Fünfjährige The great Bolo v. Peter the Great, ebenfalls 1:16. In Amerika traben die Zweijährigen den Kilometer unter 1:20. Wir haben im Lande kein altes Pferd, das dazu imstande ist. Daran kann man den Riesenvorsprung der amerikanischen Zucht klar erkennen.

ks. **Eine neue Art der Verlosung** versucht der Oesterreichische Jockey-Club bei der Abgabe der 20 von ihm aus England nach Oesterreich eingeführten Jährlinge. Die Lose werden der Reihe nach verkauft, der Erstheber des ersten Loses hat das Recht, als erster unter allen 20 Jährlingen zu wählen. Wenn er seine Wahl getroffen hat, kann der nächste unter den verbliebenen 19 wählen und so weiter, bis auf diese Weise alle Jährlinge verlost sind. Wird dabei noch jedes einzelne Los versteigert, so ergibt sich eine zwar langwierige, aber dafür um so ergiebigere Kombination von Auktion und Verlosung.

Athletik

* **Deutsche Ringer in Schweden.** Die zwei hervorragenden süddeutschen Amateurringer Karl Döppel (Schwergewicht) und Franz Reitmeier (Federgewicht) haben eine Einladung aus Schweden zu einem am 11. und 12. November in Malmö stattfindenden internationalen Ringerwettstreit erhalten, der sie Folge leisten werden. Beide sind durch ihre glänzenden Leistungen im Jahre 1919 in Malmö und Landskrona in guter Erinnerung bei den Schweden.

Boxen

ks. **Paul Samson gegen Schmidt-Mainz.** Der Herausforderer Meister Breitenträters um dessen Titel, der Zwickauer Paul Samson, der erst kürzlich den guten Italiener Giuseppe Spalla einwandfrei schlagen konnte, wird am Freitag, 26. Oktober im Berliner Friedrichshainring dem ca. 20 Pfund schwereren Mainzer Schmidt gegenübertreten. Drei weitere gute nationale Kämpfe sollen das Programm vervollständigen.

Olympiade

ks. **Amerikas Vorbereitungen für die Olympiade 1924.** Die spärlichen Meldungen über die Vorbereitungen Amerikas für die Olympischen Spiele 1924 lassen vermuten, daß die Sportverbände der Vereinigten Staaten sehr große Anstrengungen machen, um die Beteiligung günstig zu gestalten. Auf den großen Sportplätzen herrscht eine fieberhafte Tätigkeit, aber auch die Arbeiten administrativer Natur sind bedeutend. Zu diesen gehören die Erwerbung des Schlosses Roquoncourt bei Paris und die Miete des Schnelldampfers „Amerika" für die Ueberfahrt der für die Beteiligung auserwählten Athleten. Auch das eigens beim Stato Colombes konstruierte „Village Olympique" hat bereits den Besuch amerikanischer Sportführer erhalten, die kurz fünf Häuschen mieteten, um die Verpflegung der zu den Uebungstagen antretenden Athleten besser durchführen zu können. Die Beteiligung der amerikanischen Sportverbände erstreckt sich außer der Schwerathletik, des Ringkampfes und des Fußball-Rugby auf alle Sportarten. Eine Fußballmannschaft wird ebenfalls erstmalig in Europa antreten.

Wintersport

ks. **Die Europameisterschaft im Eisschnellaufen** wird am 17. und 18. Februar 1924 vom Christiania-Idrottsklub veranstaltet. Die Weltmeisterschaft im Eisschnellauf gelangt am 1. und 2. März in Helsingfors zum Austrag, die Weltmeisterschaften im Kunstlaufen wurden nach Manchester vergeben.

MARCHIVUM

Ein Aufruf an Stadt und Land!

Der Inhaber der vollziehenden Gewalt im Wehrkreis V, Generalleutnant **Reinhardt**, erläßt folgenden beherzigenswerten **Aufruf** an die Bevölkerung in Stadt und Land:

„Die Not in unserem Volk hat sich durch feindseligen Druck von außen, durch inneren Zwist und durch Mangel an Rohstoffen und lebenswichtigen Nahrungsmitteln aufs traurigste vermehrt. Das Geld des Reiches hat kaum mehr Kaufkraft. Das neue goldwerte Geld ist noch nicht verfügbar. Wir stehen mitten in den Tagen ernstester Sorge. Demgegenüber muß sich das ganze Volk, müssen sich alle Berufsstände und Klassen **als Notgemeinschaft noch fester zusammenschließen**. Nur in gegenseitiger Hilfe können wir über die schlimmsten Zeiten hinweg zu besseren gelangen. Mit dem größten Nachdruck muß überall denen entgegengetreten werden, die jetzt noch die Volkskreise gegeneinander **verhetzen**. Ich werde Auswüchse dieser Art ohne Ansehen der Person und Richtung, von der sie kommen, mit der **Schärfe unterdrücken**, die unserer äußersten Notlage zukommt.

Im Augenblick ist die **Not in den Städten am größten**. Hunger ist der Keimboden der Verhetzung und der Gewalttaten. Die **Landwirtschaft** darf sich der Gefahr, die auch ihr aus der Nahrungsmittelnot der städtischen Bevölkerung erwächst, nicht verschließen. Der Fleiß des Bauern verliert seinen hohen sittlichen Lohn, wenn nicht auch den Armen in der Stadt daraus das tägliche Brot erwächst. Die diesjährige Ernte muß schneller als bisher in die Hände der hungernden Stadtbevölkerung kommen, und der Geldnot muß Rechnung getragen werden, ohne dem Landwirt den berechtigten Entgelt für seine Erzeugnisse zu versagen. Ich fordere **alle Erzeugerkreise** aufs dringendste auf, dem **Gebot dieser Stunde gerecht zu werden**.

Ich verbiete jede **Propaganda** in Wort und Schrift, die die **Zurückhaltung von Lebensmitteln** zum Ziele hat. Zuwiderhandlungen werden nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 bestraft. Ich bevollmächtige die betreffenden Ministerien bzw. höchsten Regierungsbehörden, durch die ihnen unterstellten Ausführungsbehörden auf Grund des Ausnahmezustandes **Schutzhaft** über solche **Aufkäufer** und **Zwischenhändler** zu verhängen, die in begründetem Verdacht stehen, **Preistreiberei** und **unlauteren Handel** mit **Lebensmitteln** getrieben zu haben. Die Verhafteten sind alsbald der öffentlichen Gerichtsbarkeit zuzuführen. In gleicher Weise ist gegen **Felddiebe** und **Lebensmittelplünderer** vorzugehen.

Das Ansetzen von **Goldmarkpreisen** für **landwirtschaftliche Erzeugnisse** ist nicht als unzulässig zu bezeichnen, es entspricht aber der traurigen Lage großer Verbraucherkreise und ist daher angezeigt, die Goldmarkpreise **unter** den Friedenspreisen zu halten. Selbstverständlich ist die Preisfestsetzung in Papiermark gleichfalls zulässig, die Preisgrenzen haben sich im wesentlichen nach der allgemeinen Marktlage zu richten. Daneben wird es Ehrensache leistungsfähiger Landwirte sein, bei Abgabe von kleinen Mengen dem **Kleinverbraucher besonders billige Preise** zu machen. Jeder Landwirt ist verpflichtet, **Bezahlung in Papiermark** anzunehmen. Einer Bezahlung in Goldschatzanweisungen des Reiches werden zweckmäßigerweise Hindernisse nicht entgegengestellt. Es ist darauf hinzuweisen, daß Steuern in Goldschatzanweisungen zahlbar sind und ebenso Lieferungen des Stickstoff- und Kalisyndikats. Die Landwirte fordere ich auf, sofern sie über drei Morgen Kartoffeln angebaut haben, dafür zu sorgen, daß **bis Mitte November** wenigstens 30% ihrer Ernte dem **Verbrauch zugeführt** sind. Ich werde seinerzeit feststellen, ob dieser Mahnung freiwillig in genügendem Umfang Rechnung getragen worden ist.

Die Regierungen ersuche ich, die **Stadtgemeinden** zu überwachen, ob sie die nötige Vorsorge dafür getroffen haben, daß auf den **städtischen Märkten Kartoffeln zum Kleinverkauf** verfügbar sind, andernfalls sind sie dazu anzuhalten und gegen die Säumigen Vollmachten zum Einschreiten von mir einzuholen, zu dem der Ausnahmezustand berechtigt. Die Stadtgemeinden haben ferner bei der **Preisbildung** für die **wichtigsten Nahrungsmittel** in der Richtung mitzuwirken, daß die Sprünge, mit denen die Preise der Geldentwertung folgen, **keine unerträglich plötzlichen** werden. Ich ersuche die Regierungen, auch in dieser Richtung hin solche notwendigen Maßnahmen, zu denen nur der Ausnahmezustand die Handhabe geben kann, mir umgehend in Vorschlag zu bringen. Ich erwarte, daß sowohl die Wirtschaftskreise wie alle amtlichen Berufsstellen sich mit äußerster Tatkraft der Lebensmittelnot und Teuerung unterwerfen, damit wir über die Krisis der nächsten Tage hinwegkommen, bis die Maßnahmen des Reiches zur Schaffung eines wertbeständigen Geldes eine Besserung bringen können."

Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß zum Wehrkreis V **Baden** gehört. Hoffentlich kommt der Aufruf unverzüglich den badischen Landwirten zu Gesicht, die allen Grund haben, ihn recht aufmerksam zu lesen und darnach zu handeln.

Städtische Nachrichten

Die Ausführung des Reichsmietengesetzes

Die Ausführungsverordnung des Arbeitsministeriums zum Reichsmietengesetz vom 24. Juni 1922 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 457) ist durch Verordnung vom 23. Oktober 1923 abgeändert worden. Die hauptsächlichsten Abänderungen bestehen darin, daß das Arbeitsministerium berechtigt ist, alle oder gewisse Hundertsätze für das ganze Land festzusetzen, daß ein allgemeiner Hundertsatz für den Hypothekenzinsensteigerungszuschlag nicht mehr festgesetzt wird, und daß auch für die mittleren und kleinen Gemeinden die Betriebskosten umgelegt werden können. An Stelle der Zuständigkeit des Bezirksrats zur Festsetzung der Hundertsätze ist diejenige des Bezirksamts getreten. Diese Zuständigkeit gilt aber nur, soweit nicht das Arbeitsministerium selbst die Hundertsätze festsetzt.

Das Arbeitsministerium hat nun von der ihm nach der Verordnung zustehenden Befugnis Gebrauch gemacht und hat in einer im Staatsanzeiger veröffentlichten Bekanntmachung angeordnet, daß die **Zuschläge für laufende und große Instandsetzungsarbeiten** zusammen in allen Gemeinden 7 vom Hundert der Grundmiete betragen, vervielfacht mit der vor dem 1. jedes Monats oder vor der Mietenzahlung zuletzt vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Reichsindexzahl für die Lebenshaltungskosten (m. Bekleidung). Auch der **Zuschlag für die Verwaltungskosten**, dessen Grundzahl in den Städten über 6000 Einwohner 0,8, in den übrigen Gemeinden 0,5 vom Hundert der Grundmiete beträgt, wird in gleicher Weise berechnet. Zu dieser Art der Festsetzung hat namentlich die immer weiter fortschreitende außerordentliche Markentwertung und die damit bedingte starke Steigerung aller Preise genötigt.

Auch der Reichsarbeitsminister hat darauf hingewiesen, daß die Zuschläge nach dem Reichsmietengesetz nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und in einer den tatsächlichen Kosten entsprechenden Höhe festgesetzt werden müssen, und daß ein völliger Verfall des alten Hausbestandes nur dann verhindert werden kann, wenn der Vorschrift des § 3 des Reichsmietengesetzes unbedingt Beachtung verschafft werde, d. h. wenn die **Zuschläge den tatsächlichen Kosten** nach Möglichkeit Rechnung tragen. Da die Hundertsätze, welche die Gemeindebehörden und Bezirksräte in der letzten Zeit festgesetzt hatten, insbesondere diejenigen für laufende und große Instandsetzungsarbeiten, in der Mehrzahl der Fälle der eingetretenen Entwertung der Mark und den dadurch erfolgten Preissteigerungen nicht genügend Rechnung getragen haben und teilweise auch nicht Rechnung tragen konnten, weil die Hundertsätze nicht wertbeständig festgesetzt wurden, war es geboten, daß das Arbeitsministerium die Hundertsätze für laufende und große Instandsetzungskosten und für Verwaltungskosten in der oben dargelegten Form festsetzt. Die Regelung bietet auch den Vorteil, daß eine wiederholte Aenderung und Neufestsetzung der in Frage kommenden Hundertsätze entbehrlich wird, da die notwendige Anpassung an die Geldentwertung durch Aenderung des Index erfolgt.

Die Zuschläge für laufende und große Instandsetzungsarbeiten sind dabei so bemessen, daß sie dem Vermieter (Hauseigentümer) die Möglichkeit gewähren, die erforderlichen notwendigsten Ausbesserungsarbeiten auszuführen, die Zuschläge erreichen aber nicht den Satz, der in der Vorkriegszeit für die Unterhaltung des Hauses in der Regel aufgewendet wurde (vor dem Kriege wurden hierfür durchschnittlich 0,5 v. H. des Steuerwertes des Hauses, das ist etwa 10 v. H. der Grundmieten gerechnet). Es werden auch weiterhin die Instandsetzungsarbeiten auf das Notwendigste, insbesondere auf solche Ausführungen zu beschränken sein, welche die **Erhaltung** des Hauses bezwecken. Alle Arbeiten, welche die innere Ausstattung der Wohnung und das gute Aussehen des Hauses im Aeußern und Innern betreffen, werden zurückzutreten haben.

Die Bekanntmachung regelt nur die **Höhe** der Zuschläge. Dagegen läßt sie die Zeit der **Fälligkeit der Mietzinsverbindlichkeit** unberührt. Sie begründet insbesondere keine Rechtspflicht des Mieters zur Vorauszahlung. Ist eine Vorauszahlung vereinbart, so hat der Vorauszahler für die in der Mietzinsfestsetzung enthaltenen Einzelposten Nachschüsse nicht zu entrichten.

Aufwertung der Umsatzsteuer

Auf Grund der Steueraufwertungsverordnung vom 11. Oktober 1923 regelt sich die Entrichtung der Umsatz- und Luxussteuer künftig folgendermaßen:

A. **Vierteljahreszahlungen.** Steuerpflichtige, welche im Jahre 1922 nur bis zu 1,5 Mill. Mark Umsatz gehabt haben, können die ihnen für 1923 obliegenden Vierteljahrszahlungen für die ersten drei Vierteljahre bis einschl. 25. Oktober 1923 mit dem ursprünglichen Papiermarkbetrage tilgen, für Rückstände aus dem ersten Halbjahr 1923 gelangen dabei die Zuschläge von 15 oder 30 Proz. bezw. 400 usw. Proz. zur Erhebung. Vom 26. Oktober 1923 ab haben dagegen die Kassen die Steuerschuld aufzuwerten.

a) Für die Umsatz- bezw. Luxussteuer des **dritten Vierteljahres** 1923 ist der Goldwert der Steuersumme zu errechnen gemäß dem für den 30. September 1923 geltenden Umrechnungssatz (1 Goldmark = 31,9 Millionen Papiermark). Der Steuerpflichtige hat diese auf Goldmark umgerechnete Steuerschuld in Papiermark zu entrichten mit dem Vielfachen, das nach dem amtlich festgesetzten Goldumrechnungssatz am **Tage der Zahlung** gilt. Der Goldumrechnungssatz wird täglich auf Grund des amtlichen Berliner Dollarkurses vom letztvorhergehenden Börsentage neu festgesetzt und durch Aushang bei den Telegraphenanstalten sowie in der Tagespresse bekanntgegeben. Geht die Zahlung erst nach dem 31. Oktober 1923 ein, so werden vom 1. November 1923 Verzugszinsen von dem Goldmarkbetrage erhoben.

b) Die **älteren Rückstände** werden laut besonderer Vorschrift auf den Goldwert des 1. September 1923 umgerechnet.

c) Künftig können diese Zensiten, denen weiterhin die vierteljährliche Abführung der Umsatzsteuer nachgelassen ist, für je ein abgelaufenes Vierteljahr ihre Schuld mit dem nach Maßgabe des steuerpflichtigen Umsatzes errechneten Papiermarkbetrage noch bis zum 7. des nächsten Monats begleichen (ohne Erhöhung). Je vom 8. ab ist aufgewertet zu zahlen.

B. **Monatszahlungen.** Diejenigen Steuerpflichtigen, welche 1922 mehr als 1,5 Millionen Mark Umsatz hatten, können die Umsatzsteuer aus den Umsätzen des Monats September 1923 noch bis zum 25. Oktober mit dem Papiermarkbetrage der Steuerschuld zuzüglich nur der 400 Proz. Zuschlag tilgen, bezw. ältere Rückstände mit dem auf diese entfallenden Prozentzuschlag. Vom 26. ab ist die Umsatzsteuer dieser Pflichtigen einschließlich der älteren Rückstände nach den Grundsätzen wie zu A aufgewertet zu zahlen. Die Steuer aus den Umsätzen des Oktober 1923 können diese Zensiten bis einschließlich 7. November durch Zahlung des (unerhöhten) Papiermarkbetrages tilgen. Vom 8. November 1923 ist aufgewertet zu zahlen, vom 11. November 1923 ab unter Zurechnung der Verzugszinsen.

C. Die Steuerpflichtigen haben aber nicht bloß ihre Einzahlungen bei der Finanzkasse zu bewirken, sondern ferner auch die Verpflichtung, die Höhe ihrer Umsätze im abgelaufenen Steuerabschnitt dem Finanzamt ausdrücklich **anzugeben**. Dafür ist Frist zu A je für ein abgelaufenes Kalendervierteljahr bis zum letzten Tage des folgenden Monats, zu B. für jeden Kalendermonat bis zum 10. des nächsten Monats. Gegen diejenigen, welche ihre Umsätze zu niedrig angeben, wird das Strafverfahren eingeleitet. Die Verpflichtung im Januar 1924 bezügl. der allgemeinen Umsatzsteuer (jetzt 2 Proz.) noch für das ganze Jahr 1923 die vorgeschriebene Jahressteuererklärung abzugeben, bleibt daneben bestehen.

D. Die **monatlichen Durchschnittskurse für ausländische Währungen** werden künftig je am 2. oder 3. des Monats durch den Reichsanzeiger und die Tagespresse bekanntgegeben.

Die wertbeständigen Steuerkonten

werden bei den Oberfinanzkassen geführt. Die Oberfinanzkasse erteilt auf Grund der Ablieferung ausländischer Vermögensgegenstände gemäß der Verordnung vom 25. August 1923 einen Ausweis oder Teilausweise über Goldmarkbeträge bis zur Höhe des gutgeschriebenen Gesamtbetrags. Jede Finanz- bezw. Zollkasse nimmt diese Ausweise bis zur Höhe der darin angegebenen Beträge an Zahlungsstatt an. Dies gilt bei jeder Entrichtung von Reichsabgaben, die am Tage der Ablieferung der ausländischen Vermögensgegenstände oder später fällig geworden sind, insbesondere also auch für die Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer, für die zweite Rate der Rhein-Ruhr-Abgabe und für die Betriebsabgaben. Die Lohnsteuer dagegen kann durch Hingabe solcher Ausweise des Arbeitgebers nicht bezahlt werden, da es sich bei ihr um eine Steuer des Arbeitnehmers, nicht des Arbeitgebers handelt. Bei Steuerpflichtigen, die einen auf eine bestimmte Goldmarksumme lautenden Ausweis von der Oberfinanzkasse erhalten haben, können Schwierigkeiten nicht entstehen. Hat der Steuerpflichtige dagegen von der Ablieferungsstelle eine vorläufige Quittung bekommen, z. B. deshalb, weil der Gegenwert für einen abgelieferten Auslandsscheck noch nicht feststand, so kann die Gutschrift des Goldmarkbetrages auf das Steuerkonto und demgemäß auch eine Anrechnung bei der Finanzkasse noch nicht erfolgen. Es ist jedoch dafür Sorge getragen, daß Zuschläge nach dem Geldentwertungs- und Steuerzinsgesetz nicht erhoben werden, wenn der Steuerpflichtige der Finanzkasse zunächst die vorläufige Quittung vorlegt und den Ausweis, sobald er ihn erhalten hat, der Finanzkasse einreicht.

* **Versetzt** wurde Staatsanwalt Otto **Stroh** in Mannheim nach Heidelberg.

* **Auslands-Postverkehr.** Der deutsche Gegenwert des **Goldfranken** bei der Gebührenerhebung im Auslands-Paket-, Zeitungs-, Telegramm- und Fernsprechverkehr ist auf 8 Milliarden 900 Millionen Mark festgesetzt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch bei der Wertangabe auf Paketen und Briefen und auf Kästchen mit Wertangabe nach dem Ausland anzuwenden. Nähere Auskunft erteilen die Post- und Telegraphen-Anstalten.

* **Goldrechnung im Postscheckverkehr.** Wie verlautet, beabsichtigt der Reichspostminister alsbald im **Postscheckverkehr** auf die **Goldbasis** überzugehen. Die Vorbereitungen sind soweit abgeschlossen, daß bereits vom 1. November ab bei den Postscheckämtern die Goldrechnung eingeführt werden kann.

* **Zwanzig Milliarden-Markscheine** gelangen in den nächsten Tagen zur Ausgabe. Die Beschreibung ist in der Anzeige in dieser Nummer enthalten. Gleichzeitig ist darauf aufmerksam zu machen, daß die Noten zu 500 Millionen (1. Ausgabe) mit dem Datum vom 1. Sept. 1923 in Zukunft auf weißes Papier mit Rauten-Wasserzeichen und die Noten zu 10 Milliarden (2. Ausgabe) mit dem Datum vom 1. Okt. 1923 auf weißes Papier gedruckt werden, dessen Wasserzeichen ein Gittermuster mit einem ständig wiederkehrenden S darstellt.

* **Ausgabe von städtischem Notgeld.** Die Reichsbank ist infolge der neuerlichen enormen Entwertung der Mark vorerst nicht in der Lage, den erforderlichen Geldbedarf ganz zu befriedigen. Es gelangt daher, einem Wunsche der Handelskammer entsprechend, zur Beseitigung der dringendsten Geldnot **städtisches Notgeld** in

Kunst und Wissenschaft

⊙ **Pfälzische Altertumsforscher.** Einer der Veteranen der pfälzischen Altertumsforschung, Professor Johann Friedrich **Hildenbrand**, feiert demnächst seinen 70. Geburtstag. Geboren am 10. November 1853 zu Dankenfeld in Unterfranken zählt Hildenbrand zu den Zahlreichen, die schon früh in die Rheinpfalz kamen und hier auf lohnendem Boden eine dauernde Wirkungsstätte fanden. Zuerst am Gymnasium Frankenthal tätig, gehörte er seit 1899 dem Gymnasium Speyer bis zu seiner vor einigen Jahren erfolgten Zuruhesetzung an. Als Mitbegründer des Frankenthaler Altertumsvereins und des dortigen Erkenbert-Museums, als Schriftleiter der Monatsschrift des Frankenthaler Altertumsvereins, als Sekretär und Konservator des Historischen Vereins der Pfalz (Historisches Museum der Pfalz), als langjähriger Schriftleiter des Pfälzischen Museums hat sich Hildenbrand um die Erforschung der pfälzischen Heimat und ihrer Vergangenheit, vor allem auch durch Propagierung und Popularisierung der heimatkundlichen Bestrebungen in der Pfalz und darüber hinaus große Verdienste erworben. Prof. Hildenbrand hat in letzter Zeit seinen Wohnsitz in **Ludwigshafen** genommen und ist z. Zt. Leiter der stadtgeschichtlichen Sammlungen daselbst. — In aller Stille hat vor kurzem ein weiterer hochverdienter Forscher, Dr. C. **Mehlis** in Neustadt, ebenfalls seinen 70. Geburtstag begehen können, ein Altertumsforscher, mit dessen Namen diese Tätigkeit jahrelang fast allein verknüpft war. Auch Emil **Heuser** hat die 70 bereits überschritten, ebenso Geheimrat **Wille** in Heidelberg, zwei Männer, denen die pfälzische Geschichtsforschung viel zu verdanken hat. Während so die alten Pioniere auf diesem Gebiet ins biblische Alter vorrücken, ist zu wünschen, daß junger Forschernachwuchs, an dem in der Pfalz kein Mangel ist, das bedeutsame Wirken der Genannten fortsetzt und ausbaut.

⊙ **Hochschulnachrichten.** Nach kurzem Leiden ist Professor Dr. **Max Frischeisen-Köhler**, der Lehrer der Philosophie an der **Hallenser Universität gestorben**. Frischeisen-Köhler, in Berlin geboren (1878), hat zunächst an der dortigen Universität gelehrt und ist dann — erst als außerordentlicher, später als ordentlicher Professor — in Halle tätig gewesen. Allgemein bekannt wurde er als Bearbeiter des dritten Bandes von Ueberweg-Heinzes „Grundriß der Geschichte der Philosophie"; mit Descartes und namentlich mit Hobbes, hat er sich in gründlichen Studien beschäftigt. Als sein systematisches Hauptwerk ist das Buch „Wissenschaft und Wirklichkeit" zu bezeichnen, in dem die Bedeutung der Erlebnisse für die Grundlagen der Natur- und Geisteswissenschaften dargelegt wird. Auch als **Pädagoge** hat er sich einen Namen gemacht. — Professor Anton **Kling** von der Hamburger Kunstgewerbeschule hat eine Berufung zum Direktor der Kunstgewerbeschule **Pforzheim** angenommen. — Prof. Dr. Ernst Robert **Curtius** aus Marburg wurde zum Ordinarius für romanische Sprachen an der Universität **Heidelberg** berufen, nachdem Geh. Rat Dr. Fritz Neumann in den Ruhestand getreten ist. — Das Lehrerkollegium der Kasseler Kunstakademie hat nach der neuen Kollegialverfassung die erste Wahl seines Leiters vorgenommen. Gewählt wurde der Architekt Hans **Soeder**, der erst vor kurzem an die Akademie berufen worden ist und als Leiter der Architekturklasse neuzeitliche Ideen besonders im Siedlungsbau vertritt. Zu seinem Stellvertreter wurde der Maler Ewald Dülberg gewählt. Der frühere Leiter der Akademie, der Maler Professor Karl Danker, ist in den Ruhestand getreten. — Professor Dr. rer. pol. Fritz **Schmidt** in Frankfurt a. M. hat den Ruf an die Handelshochschule **Mannheim** für das Fach der Betriebswirtschaftslehre abgelehnt.

Theater und Musik

⊙ **Heidelberger Brief.** Blickt man auf die fünf Wochen zurück, seitdem das Stadttheater seine Spielzeit begonnen hat, so ist mit Ausnahme der Oper wenig Erfreuliches zu berichten. Im **Schauspiel** gabs noch keine einzige Tat, höchstenfalls einen Anfang dazu in einer ziemlich gelungenen Aufführung von „Rosmersholm". Hebbels „Judith" dagegen hat so ziemlich alle Wünsche an Regie und Einzelleistung offen gelassen. Daneben leistet sich unser Theater noch den Luxus eines beurlaubten Oberspielleiters, der da irgendwo im Süden filmt. Es gibt zwar viele, die sich auch von der Anwesenheit Herrn **Helwigs** wenig versprechen, denn seine mangelnde Initiative hat man schon im Vorjahr kennen gelernt. Die **Oper** hat als erstes Werk Rossinis „Barbier von Sevilla" gebracht. Ueberraschend war dabei die Bekanntschaft mit unserer neuen Koloratursängerin, Frl. **Müllegger**. Sie ist noch Anfängerin, hat eine nicht große, aber ungemein wohlklingende und festsitzende Stimme, ihre Koloraturen sind rein und klar, eine Stimme ists, die für „Zerbinetta" und „Königin der Nacht" prädestiniert ist. Hoffentlich weiß man sie richtig zu behandeln und verdirbt im Repertoire-Studium nicht die guten Ansätze. Auch in der neuen Besetzung des Tenorfaches ist ein Fortschritt zu verzeichnen. In Heidelberg muß der Tenor ja alles machen, lyrische und heldische Partien, und da ist eine gesunde Mischung der beiden Klangfarben — so ein richtiger Puccinitenor — am Platze. Herr **Mostert** gab den Almaviva noch ziemlich unsicher, gesanglich, mit Ausnahme von einzelnen gaumigen Tönen, aber doch annehmbar. Viel besser gelang ihm der Pinkerton in der zweiten Opernaufführung. **Radig** hat beide Opern einstudiert und geleitet. Als Ganzes genommen war der Barbier bedeutend besser, als die „Butterfly". Durch die Puccini-Aufführung ging ein fast hypernervöser Zug, der vom Pult seinen Ausgang nahm und sich den Leutchen auf der Bühne mitteilte; keines dort konnte sich richtig entfalten — vielleicht mit Ausnahme der Butterfly von Frl. **Cosal** —, alles war von Radig an die Kandare genommen, der in meist überhetzten Tempis die ohnehin schon mit „Gefühl" übersättigte Musik auswalzte und sie dadurch dem sensiblen Hörer fast zur Qual machte. **So** gebracht, wird die Musik der Butterfly zum raffinierten Kitsch, bei dem man die Absicht, die Nerven aufzupeitschen merkt und — verstimmt wird. Zu erwähnen ist noch der Figaro und Sharpleß des Herrn **Barth**, der besonders in der ersten Partie, die mehr Gelegenheit als die zweite gibt, seine sehr gute Verwendbarkeit und sein ernstes Streben bewies. In der **Operette** ist eine vollständig falsch besetzte „Fledermaus" zu erwähnen, bei der man der Operettensoubrette den Orlofsky gab, obwohl die Möglichkeit zu einer anderen Besetzung bestanden hatte. Aus der alten Spielzeit wurde der „Tanz ins Glück" noch herübergenommen, neu einstudiert wurde Lehars „Zigeunerliebe", die Fritz **Daurer** flott inszeniert hatte und bei der Frl. **Sanders** ihr Temperament zeigen konnte. Singen kann neben ihr in der Operette nur Herr **Adler**, dessen Stimme immer mehr an Klang und Reiz gewinnt (auch sein Goro in der „Butterfly" war sehr gut). Wenn oben von Luxus die Rede war, den sich unser Theater leistet, dann muß noch erwähnt werden, daß wir auch eine erste Sopranistin in Frl. **Junkh** haben, die aber bisher überhaupt noch nicht beschäftigt war, ebenso eine Altistin, Frl. **Elms**, die nach einem glänzenden Gastspiel als Azucena verpflichtet wurde und nun Nebenrollen singen muß, die ihr auf die Dauer zuwider werden müssen. Beide Sängerinnen sind noch in den Anfängerjahren, aber es scheint, daß man bei der Theaterleitung nicht das richtige Verständnis für die moralische Verpflichtung solch jungen Künstlern gegenüber durch eine Verpflichtung übernommen hat. Man **darf** sie nicht brach liegen lassen, man **muß** ihnen Gelegenheit zur Entwicklung geben. Das ist doch noch das einzige Aequivalent für die sehr mäßige Bezahlung. Das erste städtische Symphoniekonzert stand äußerlich unter einem bösen Stern. Als Solist war Rudolf **Serkin** verpflichtet gewesen, er hatte aber durch Frau Busch, der Gattin des Geigers Busch, mit dem Serkin gemeinsame Konzertreisen unternimmt, schreiben lassen, daß es einem Künstler in solch traurigen politischen Zeiten „seelisch" unmöglich sei, in Deutschland zu spielen. Wohlverstanden in **Deutschland!** Es scheint aber, daß es irgend einer hohen Valuta gelungen ist, die seelische Depression dieses Geschäftsmannes mit den Künstlerfähigkeiten — die müssen ihm zugestanden bleiben — wieder auszugleichen, denn nach ziemlich sicheren Meldungen hat Serkin an diesem Abend in Wien gespielt. Wir können aber ruhig darauf verzichten, Serkin wieder hier zu hören, denn das Konzert brachte in Alfred Höhn — Walter Rehberg, der eigentlich in Aussicht genommen war, mußte im letzten Moment aus **triftigen** Gründen absagen — einen glänzenden Ersatz. Radig hat in dem gleichen Konzert mit dem verstärkten und ausgezeichnet disponierten Orchester die C-dur-Symphonie von Schubert zu prächtiger Wirkung, seine Begleitung des A-dur-Konzerts von Mozart — bei **einer** kurzen Verständigungsprobe mit dem Solisten — war ein Meisterwerk. —**L.**

MARCHIVUM

Neues aus aller Welt

— **Zwei Blitzschläge in eine Mühle.** In Marx (Provinz Hannover) schlug gelegentlich eines schweren Gewitters der Blitz in die alte Windmühle. Man glaubte zunächst, des Feuers Herr werden zu können. Plötzlich traf aber ein zweiter Schlag die Mühle mit so großer Gewalt, daß dem Müller die Steinstücke um den Kopf flogen. Die Mühle stand an mehreren Stellen in Flammen. Es gelang nur noch Scheune und Wohnhaus zu retten.

— **Ein erschreckendes Zeichen der Zeit.** In Obercunnersdorf bei Löbau war aufgefallen, daß mehrere alte Leute sich seit einigen Tagen nicht mehr sehen ließen. Als man nach ihnen forschte, fand man sie in den Betten liegend vor. Sie erklärten, daß sie den Hungertod im Bette erwarten wollten. Diese Tatsache beleuchtet die ganze abgrundtiefe Not unseres Volkes.

— **Ueberfall durch maskierte Räuber.** Als am Samstag abend ein Wächter der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft in Plötzensee bei Berlin die Tore schließen wollte, wurde er von 6—8 schwerbewaffneten maskierten Männern umringt. Im Verlaufe des sich entspinnenden Kampfes entriß der Wächter einem der Burschen den Revolver und einem andern biß er ein Stück Fleisch aus der Hand. Schließlich wurde er überwältigt. Die maskierten Männer stürmten in das Verwaltungsgebäude, wo sie 560 Milliarden Mark, die gerade ein Kutscher der Gesellschaft anlieferte, an sich rissen. Als durch den Tumult die in den danebenliegenden Hauptkassenräumen anwesenden Beamten aufmerksam wurden, ergriffen die Burschen die Flucht. Auf die Wiederbeschaffung des Geldes und die Ergreifung der Täter setzte die Firma eine hohe wertbeständige Belohnung aus.

— **Das Ende eines übelberüchtigten Hauses.** Ein Betrieb eigener Art war seit vielen Jahren die „Pension Schwedt" im alten Westen Berlins, benannt nach ihrem Gründer. Dieser war von Anfang an in der Wahl seiner Gäste nicht sehr skrupelhaft. Er nahm alles auf was kam, und die Pension Schwedt war schon lange ein Sammelpunkt von Berliner und internationalen Verbrechern. So kam es, daß auch die Kriminalpolizei mit ihr zu tun hatte, und daß bei Ermittelungen und in Gerichtsverfahren die Pension Schwedt nicht selten eine Rolle spielte und genannt wurde. In aller Erinnerung ist sie wohl noch aus dem Mordprozeß Reißer, bei dem wieder einige ihrer Stammgäste auf der Anklagebank saßen. Der Begründer dieses Betriebes ist schon lange tot. Er hatte so gute Geschäfte gemacht, daß seine Witwe nicht daran dachte, eine Aenderung eintreten zu lassen, sondern in alter Weise weiterwirtschaftete. Das Kuppeleigesetz, und in Verbindung mit diesem die neueren Wohnungsbestimmungen, wurden aber der alten Pension nach und nach verhängnisvoll. Das Wohnungsamt beschlagnahmte allmählich alle Räume und stellte sie dem Magistrat zur Verfügung. So wurden aus den Pensionszimmern Baderäume. Zuguterletzt hatte nun auch Frau Schwedt noch ausziehen und bei Verwandten Unterkunft suchen müssen. Die Stammkundschaft ist in alle Winde zerstoben, und hat sich nach den Beobachtungen der Kriminalpolizei bisher noch nicht wieder an einem gemeinsamen Treffpunkte sammeln können.

— **Zeppelindienst zwischen Sevilla und Buenos Aires.** Zwischen Sevilla und Buenos Aires soll binnen Jahresfrist ein 70-Stunden-Zeppelindienst über den Atlantischen Ozean eingeführt werden. General Primo de Rivera genehmigte das Abkommen. Die Zeppeline werden in vier Tagen fünf Tonnen Post und anderes Gut nach Buenos Aires befördern. Spanien beschloß, das Unternehmen geldlich zu unterstützen, die argentinische und später vielleicht auch andere südamerikanische Regierungen dürften sich beteiligen. Drei Zeppeline von 100 bis 135 Kubikmeter Raumgehalt werden den Dienst unterhalten. Die Zeppeline können auch 20 Reisende befördern. — Der „Matin" sieht darin natürlich einen Versuch Deutschlands, sich die Vorherrschaft in der Luft zu sichern.

— **Ein „Verein der Falsch-Verbundenen".** Ein Fernsprechteilnehmer in London teilt öffentlich mit, daß er sich entschlossen habe, eine „Wrong Number Society", einen „Verein der Falsch-Verbundenen" zu gründen. Er fügt hinzu, jeder Abonnent des Fernsprechers könne außerordentliches Mitglied werden, doch als ordentliche Mitglieder würden nur solche Abonnenten aufgenommen, deren Anschlußnummer entweder eine Fünf oder eine Zehn, die am meisten verwechselten Ziffern, enthielten. Abonnenten, deren Anschlußnummern sowohl eine Fünf als auch eine Zehn enthalten, werden Vizepräsidenten des Vereins, dessen Generalversammlung der Gründer des Vereins demnächst einberufen will.

— **Tragödie auf der Wrangel-Insel.** Der arktische Forscher V. Stefansson berichtet über die furchtbare Tragödie, die sich in Nacht und Eis der Wrangel-Insel im Nördlichen Eismeer abgespielt hat. Unter Führung des Nordpolforschers Knight landete ein Trupp von insgesamt vier Mann in Begleitung des als Nähmädchen in Nome in Alaska gewonnenen Eskimomädchens Ada Blackjack. Die Nachricht, daß der Besetzungstrupp eingetroffen und günstige Jagdverhältnisse vorgefunden habe, die die Fleischversorgung ermöglichten, war das letzte, was man von den Leuten erfahren hat. Der von Stefansson zugesagte Besuch durch ein Schiff im Jahre 1922 konnte nicht durchgeführt werden; denn das Hilfsschiff brach anstatt zu Anfang erst Ende August von Nome in Alaska auf und mußte nach einem energischen Versuch, die Treibeisgrenze zu überwinden, wieder umkehren. Die Wrangel-Insel ist für Schiffe im günstigsten Falle vier Monate hindurch im Verlauf eines Jahres zu erreichen. Vor wenigen Wochen glückte es dem Hilfsschiff „Donaldson" unter dem Forscher Noice, auf der Wrangel-Insel zu landen. Sie traf lebend nur noch das Eskimomädchen Ada Blackjack an. Was man von ihr erfahren konnte, war die Tragödie des Untergangs der Engländer und die ihres eigenen Daseinskampfes in Nacht und Eis. Der Trupp hatte unter zahlreichen unglücklichen Zufällen zu leiden, die schließlich den Europäern den Untergang brachten. Sie legten sich zunächst einen großen Fleischstapel aus der Jagdbeute auf der Insel an. Dort aber verdarb das Fleisch, das man Wind und Wetter zu überlassen pflegt, bis es von Schneefällen von selbst verpackt wird, zwar nicht, aber Polarbären rochen den Vorrat und fraßen ihn auf, ohne daß die weiter landeinwärts kampierenden Engländer das bemerkten. In der Winternacht — die Sonne zeigt sich nur zwei Stunden täglich — gestaltete sich die Jagd sehr schwierig. Die Leute brachten sich aber durch und warteten im nächsten Jahre nun sehnsüchtig auf das versprochene Hilfsschiff. Vergeblich. Die Verzweifelten sahen sich einem neuen schlimmen Winter ausgesetzt und hatten verschärften Lebensmittelmangel, weil sie in der Hoffnung auf das zugesagte Schiff die beste Jagdzeit zur Ansammlung eines neuen Fleischvorrates verpaßt hatten. Gegen Januar des Jahres 1923 mußten sie sich keinen anderen Rat, als über das vom Eis bedeckte Meer hinweg den Weg nach der Küste Sibiriens zu nehmen, um dort von reisenden amerikanischen oder russischen Händlern oder Renntierherdenbesitzern Unterstützung zu erbitten. Sie haben ihr Ziel nicht erreicht. Stefansson vermutet, daß sie nach Sonnenuntergang in der Dämmerung noch versuchten, weiter vorzudringen und dabei — wie das arktischen Reisenden sehr häufig geschieht — auf unsicheres Eis gerieten, durchbrachen und versanken. Knight war mit Ada Blackjack allein auf der Wrangelinsel zurückgeblieben, weil er an Skorbut krankte. Knight starb wenige Wochen vor dem Eintreffen des Hilfsschiffes im Jahre 1923. Das Eskimomädchen war als einzige Ueberlebende des Besetzungstrupps nun den Schrecken der ewigen Polarnacht allein ausgesetzt.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Oktober

Rhein-Pegel	19	20	22	23	24	25	Neckar-Pegel	19	20	22	23	24	25
Schusterinsel*	1.87	1.82	1.87	2.45	2.18	2.76	Mannheim	3.36	3.21	3.07	3.60	3.70	4.25
Kehl	1.78	.7.	2.55	3.23	3.30	3.60	Heilbronn						
Maxau	4.41	4.33	4.16	4.48	5.16	5.73							
Mannheim	3.12	1.29	3.09	3.17	3.81	4.33							
Mainz													
Köln	2.92												

Mannheimer Wetterbericht v. 25. Okt. morgens 7 Uhr

Barometer 745,5 mm. Thermometer: 12,4 C. Niedrigste Temperatur nachts: 10,2° C. Höchste Temperatur gestern: 15,0° C Niederschlag 16,2 Liter auf den qm. Süd 4 bewölkt.

Aus Handel und Industrie

Die deutsche Industrie zum Kartellproblem

In der letzten Sitzung des Hauptausschusses des Reichsverbandes der Deutschen Industrie nahm das Mitglied des Präsidiums und stellvertretender Vorsitzender der Kartellstelle, Rechtsanwalt Lammers, zur Kartellfrage in grundsätzlichen Darlegungen Stellung.

Er führte u. a. aus, daß die Industriepolitik bereits wiederholt im Parlament zur Erörterung gelangt wäre. Den Gipfelpunkt der Angriffe hätte dabei stets die Kartellieferung gebildet. Die Anknüpfung gerade an diese Frage bot deshalb dem Reichskanzler bei seinen Ausführungen über Preispolitik und Kartelle im Reichstag die Möglichkeit, das Parlament wieder zu einem weitgehenden Zusammenklang zu bringen. Die stürmische Zustimmung des Reichstags zu den Ausführungen des Kanzlers entspringt letzten Endes dem Empfinden, daß gewisse Teile des Volkes, die sich zum erheblichen Teile in der industriellen Wirtschaft und deren Organisationen verkörpern, nach allgemeiner Ansicht von dem Vermögensschwund, dem so oft zitierten Entbehrungsfaktor, nicht in gleichem Maße getroffen wurden wie andere.' Dies ist an sich zweifellos richtig. Es ist dabei aber zu berücksichtigen, daß eine unbedingt gleichmäßige Vermögensminderung bei allen Volkskreisen auf die Dauer nicht dem Gesamtinteresse dienen könne, weil die Gesundung der Wirtschaft eine der wesentlichsten Zukunftshoffnungen des Volkes darstellt. Aus dieser Erwägung resultiert jedoch die Verantwortung der noch nicht durch die Verhältnisse ganz oder fast ganz enteigneten Kreise, in der Stunde der äußersten Not sich restlos um des Volkes willen einzusetzen und dabei auch nicht die schwersten Opfer zu scheuen. Dies gilt auch von den Syndikaten und sonstigen Kartellen.

Die Kartellstelle des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hat dafür zu sorgen, daß störende Auswüchse im Verkehr der einzelnen Industriegruppen untereinander, vor allem aber auch im Verkehr mit dem Großhandel, Einzelhandel und den Konsumenten vermieden werden.

Andererseits muß aber die Oeffentlichkeit wissen, daß es auch Lagen gibt, in denen sich die Kartellstelle nicht auf die gekennzeichnete Kontrolltätigkeit beschränken kann, sondern zur Abwehr nach außen gegen Bedrohungen Stellung nehmen muß. Wenn tatsächlich die in parlamentarischen Kreisen besprochene Absicht bestehen sollte, im Verordnungswege Bestimmungen zu treffen, durch welche alle Kartelle oder zum mindesten die nach einem gewissen Zeitpunkt entstandenen praktisch aufgehoben werden, dann kann man eine derartige Maßnahme wohl immer politisch werten, aber nicht als wirtschaftlich zweckmäßig anerkennen. Manches unserer Kartelle ist abbau- und änderungsbedürftig, weil es sich einerseits den geänderten Verhältnissen organisatorisch nicht genügend anzupassen vermochte und weil umgekehrt unser Wirtschaftszustand sich in mancher Beziehung so gewandelt hat, daß für die Kartellgebarung in der manchmal beobachteten Form kein Raum mehr ist. Manche dieser Kartelle haben sich bisher noch nicht in der Notwendigkeit befunden, die schwierigen Zustände zu durchleben, welche die früheren Friedensverhältnisse mit sich brachten. Viele dieser Organisationen wurden aufgebaut auf Kriegsgründungen, Gebilden der Zwangswirtschaft u. dergl. Es ist anzunehmen, daß in den Wirtschaftsstürmen der Zukunft — und das wird gesund sein — ein Teil der Kartellorganisationen wie auch anderer Verbände verschwinden wird und daß dann eine Zeit des Wiederaufbaues in schwerer zäher Arbeit folgt.

Neue süddeutsche Aktiengesellschaften

Süddeutsche Rohstoff-A.-G. in Stuttgart (Friedrichstr. 21). Gegenstand des Unternehmens: Beschaffung von Rohstoffen und Halbfabrikaten für Industrie und Handwerk, der Betrieb anderer Handelsgeschäfte jeder Art für eigene oder fremde Rechnung. Grundkapital 6 Mill. ℳ. Vorstandsmitglieder: Dr. Herm. Schuon und Karl Kappler, je Direktor. Die Gründer sind: 1. Württ. Rohstoffgesellschaft m. b. H., 2. Dr. Hermann Schuon, Direktor, 3. Karl Reumont, Bankier in Metz, 4. Dr. Ludwig Haas, Staatsrat in Karlsruhe, 5. Karl Kappler, Direktor, Stuttgart, 6. Julius Chenaux-Repond, Professor. Mitglieder des ersten Aufsichtsrats sind: Dr.-Ing. Robert Bosch, Fabrikant, Herbert Gutmann, Bankdirektor, Karl Hermann, Generalsekretär in Berlin, Cornelius Kauffmann, Kommerzienrat, und die Gründer Ziff. 3, 4 und 6. Die Gründerin Ziff. 1 bringt den größten Teil ihres gesamten Vermögens, Aktiven und Passiven, insbesondere auch die auf Markung München gelegenen Grundstücke zu dem festgesetzten Reinwert von 1 Mill. ℳ nach der Uebernahmebilanz vom 31. 8. 1922 und mit Wirkung von da an gegen Gewährung von 1000 Aktien zu je 1000 ℳ zum Nennbetrag in die Gesellschaft ein.

Popp & Weisheit A.-G. für Eisenbeton-Hoch- und Tiefbau in Nürnberg. Mit 250 Mill. ℳ Grundkapital, eingeteilt in 2500 Stammaktien zu je 100 000 ℳ, die von den Gründern zu 200 Prozent übernommen wurden, ist diese A.-G. errichtet worden. Vorstand: Architekt Georg Weisheit und Kaufmann Gregor Klotzbücher, beide in Nürnberg. Aufsichtsrat: Professor Dr. Ernst Goldschmidt, Rechtsanwalt in München, Architekt Robert Backer in Kulmbach, Exzellenz Wirkl. Geh. Rat Professor Dr. Adolf Neumann-Hofer in Detmold und Stadtschultheiß Theodor Klotzbücher in Mergentheim.

* **Die badische Goldmark.** In dem soeben erschienenen Badischen Gesetz- und Verordnungsblatt (Nr. 69) wird vom Staatsministerium das Notgesetz über die Ausgabe von auf den Inhaber lautenden badischen Goldschatzanweisungen veröffentlicht. Ueber die Art und die Ausgabe dieser Goldschatzanweisungen, die auch als Zahlungsmittel in Betracht kommen, haben wir schon berichtet.

* **Unionwerke A.-G. Maschinenfabriken Mannheim-Berlin.** Die Gesellschaft beantragt Kapitalerhöhung um 25 auf 35 Mill. ℳ Stammaktien, sowie Aufhebung des Beschlusses der letzten G.-V. über Erhöhung des Stimmrechtes der Vorzugsaktien. Statt dessen sollen 1,3 Mill. ℳ neue Vorzugsaktien mit 10fachem Stimmrecht ausgegeben werden.

* **Rhenania Verein Chemischer Fabriken A.-G., Aachen-Mannheim.** Die Gesellschaft beantragt Kapitalerhöhung um 150 Mill. ℳ Stammaktien ohne Angabe von Einzelheiten (Kapital zurzeit 305 Mill. ℳ Börsenkurs am Montag 150 Milliarden Prozent; ao. G.-V. 20. November).

* **Zur Freigabe deutschen Eigentums in Amerika.** Wie das WTB. meldet, entsandte auf die Initiative des Präsidenten Coolidge der amerikanische Treuhänder seinen Stellvertreter N. M. Wilson sowie den Direktor des Treuhänderamtes, Gg. E. Williams, in besonderer Mission nach Deutschland. Diese sind in Berlin (Hotel Kaiserhof) eingetroffen. Ihre Absicht ist, den deutschen Interessenten, die gemäß der Winslowbill nachweislich Anspruch auf Rückgabe des beschlagnahmten Eigentums haben, oder deren Vertretern, Gelegenheit zu geben, sich Rat zu holen, wie ihre Ansprüche am zweckmäßigsten unterbreitet werden können und ihnen auch Antragsformulare auszuhändigen.

* **Süddeutsche Baumwollindustrie, Kuchen.** Die G.-V. genehmigte den Abschluß. Was die Gewinnverteilung anbetrifft, so wurde der ursprünglich vom Aufsichtsrat gestellte Antrag auf Verteilung einer Dividende von 1000% zurückgezogen und dafür vom Vorstand der Antrag gestellt, den verbleibenden Ueberschuß von 499 353 000 ℳ vorzutragen und auf die Ausschüttung einer Dividende zu verzichten. Der Vorsitzende begründete diese Maßnahme mit der allgemeinen Lage der Gesellschaft, die es unmöglich mache, eine Golddividende, die man zuerst in Erwägung gezogen hatte, auch nur in beschränktem Maße zu verteilen. Zudem hätte die in der Schweiz ansässige Hauptaktionärgruppe erklärt, daß sie im Interesse der Gesellschaft auf eine Verteilung einer Dividende verzichte.

Börsenberichte

Mannheimer Effektenbörse

* **Mannheim**, 24. Oktbr. An der heutigen Börse konnte sich wieder lebhaftes Geschäft bei fortwährend steigender Tendenz entwickeln. Von Bankaktien notierten (in Milliarden Prozent): Rhein. Creditbank 33 bez. u. G. und Südd. Disconto 100 bez. u. G. Von chemischen Werten wurden Anilin zu 450 und Rhenania zu 350 gehandelt, Westeregeln gefragt zu 600. Ferner standen im Verkehr: Seilindustrie zu 100, Benz zu 90, Gebr. Fahr zu 100, Waggonfabrik Fuchs zu 65, Knorr zu 90, Braun Konserven zu 25, rat., Mannheimer Gummi zu den Kursen von 30 à 40, Maschinenfabrik Badenia zu 20, rat., Neckarsulmer zu den Kursen von 85 und 98, Pfälz. Mühlenwerke zu 60, Pfälz. Nähmaschinen zu 120, Rhein-Elektra zu den Kursen von 50 à 90, Freiburger Ziegelwerke zu 25, Zellstofffabrik Waldhof zu 250, Zuckerfabrik Frankenthal zu 150 und Zuckerfabrik Waghäusel zu 125. Brauerei Sinner-Aktien gingen zu 75 um. Von Versicherungs-Aktien stellten sich (in Milliarden ℳ): Frankona 150 G., Frankfurter Allgemeine 150 G., Badische Assekuranz 60 G., Continentale 50 G., Mannheimer Versicherung 100 G., Oberrheinische 60 G. und Württemberg. Transport-Versicherungs-Gesellschaft 50 G.

Devisenmarkt

New York, 24. Oktbr. (WB) Devisen

	23.	24.		23.	24.		23.	24.
Frankreich	5,81	5,81	Schweiz	17,80	17,82	Spanien	13,28	12,35
Belgien	4,98	4,90	England	4,49	4,49	Italien	4,43	4,48

* **New York**, 24. Okt. Kurs der Reichsmark bei Börsenschluß 0,000 00010 Cents Geld, 0,000 00011 Cents Brief. Dies entspricht einem Kurs von 100 bzw. 90,90 Milliarden ℳ für den Dollar (100 bzw. 90,90 Milliarden ℳ).

Waren und Märkte

* **Karlsruher Börse** vom 24. Oktober. Getreide und Mehl: Der Markt ist still. Geschäfte sind der immer mehr in Erscheinung tretenden Geldknappheit wegen fast unmöglich. Dazu kommt die unsichere politische und wirtschaftliche Lage, die den engen Raum des Geschäfts noch mehr einschränkt. Es können folgende nominelle Preise genannt werden: Weizen 275—300, Roggen 200—220, Gerste 200—210, Hafer 200—210, Weizenmehl 485—500, Roggenmehl 2 420—430, Kleie je nach Fabrikat 75—110, Malzkeime und Biertreber ohne Sack ca. 80 Milliarden, alles in Papiermark auf wertbeständiger Basis. Frachtparität waggonfrei Karlsruhe. — Wein und Spirituosen: Als wichtigste Erscheinung kann festgestellt werden die fast restlose Umstellung der Preise in Goldmark. In Spirituosen entwickelte sich infolge der hohen Preise sehr wenig Geschäft. Für Weine hörte man nennen: Alter Weißwein per Liter ohne Steuer 50 Goldpfennige, alter Rotwein per Liter ohne Steuer 70—75 Goldpfennige. Kolonialwaren: Die Goldmarkpreise haben sich gegenüber der letzten Börse nicht geändert.

Berliner Metallbörse vom 24 Oktbr.

Preise in Milliarden Mark für 1 Kg.

	23.	24.		23.	24.
Elektrolytkupfer	—	—	Aluminium in Barren	—,—	—,—
Raffinadekupfer	15-17	15-16,5	Zinn, ausländ.	36-38	[illegible]
Blei	7-7,5	5,4-5,9	Hüttenzinn	53-55	42-40,5
Rohzink (Vk.-Pr.)	—,—	—,—	Nickel	22-21	[illegible]
do. (fr. Verk.)	6,25-6,75	6,7-6,9	Antimon	7,25-7,75	[illegible]
Plattenzink	6,75-7,25	5-5,2	Silber für 1 Gr.	11-11,50	[illegible]
Aluminium	—	23,5-23,6	Platin p. Gr.	—	—

London, 23. Oktbr. (WB) Metallmarkt. (In Lst. f. d. engl. t. v. 1016 kg.)

	23.	24.		23.	24.		23.	24.
Kupfer Kasse	60,75	58,65	bestselect.	62.—	—,—	Blei	27.—	26,75
do. 3 Monat	60,85	60,85	Nickel	135.—	135.—	Zink	32,25	32,25
do. Elektrol	63,75	63,50	Zinn Kasse	202,25	202,15	Quecksilber	9,25	9,25
			do. 3 Monat	200,45	200.—	Regulus	30/4	30/4

Amerikanischer Funkdienst

New York, 24. Oktbr. (WB) Funkdienst. (Nachdruck verboten).

	23.	24.		23.	24.		23.	24.
			Zuf. zus.	79000	39000	stand wt	14.—	13,85
Kaffe loco	11,31	11,31	Elektrolyt	12,75	12,65	Cond. Bal.	3,04	2,75
Dezemb.	9,20	9,27	Zinn loko	41,37	42,12	Zucker Centrf	7,66	8,28
März	8,86	8,85	Blei	6,85	6,85	Terpentin	101.—	100.—
Mai	8,20	8,22	Zink	6,30	6,27	Savannah	94.—	92,45
Juli	7,89	8,03	Eisen	22,25	22,25	S. Ort Baum	29,50	29,48
Septbr.	7,80	7,80	Weißblech	5,50	5,50	Weizen rot	121.—	124.—
Baumw. loco	30,55	31.—	Schmalz wt	14.—	13,87	Hart loko	121,50	124,87
Septemb.	—,—	—,—	Talg	8,15	8,15	Mais loko	130.—	125,25
Oktober	30,35	30,50	Baumwollöl	12,25	12.—	Mehl niedr. Pr	5,25	5,25
November	30,25	30,15	Dezember	11,05	11,03	höchst Pr.	5,75	5,75
Dezember	30,17	30,10	Petrol. cases	15,9.	16,90	Getrdfr. Engl	2/—	2/6
Januar	29,90	29,60	tanks	7.—	7.—	Kontinent	12.—	12.—

Chicago, 24. Oktbr. (WB) Funkdienst (Nachdruck verboten)

	23.	24.		23.	24.		23.	24.
Weizen Dez.	106,75	106,50	Roggen Mai	78,75	73,45	Schweine		
„ Mai	110,50	111.—	Schmalz Okt.	12,75	12,62	leicht niedr.	6,60	6,75
Mais Dez.	72,50	72,63	Dez.	11,55	11,45	höchst.	7,75	7,85
„ Mai	72,45	70,75	Pork	—,—	—,—	schw. niedr	7.—	7,15
Hafer Dez.	41,25	41,45	Rippen Okt.	8,50	8,90	höchst.	7,60	7,10
„ Mai	44.—	44,25	Speck niedr.	8,12	8,37	Zuf. Chicago	22000	28000
Roggen Dez.	69,15	69,0.	höchst.	8,50	8,50	Westen	149000	129000

Schiffahrt

November-Fahrplan des Norddeutschen Lloyd Bremen

1. **Bremen—New York.** a) Bremen—Southampton—Cherbourg—New York: D. ‚President Roosevelt' ab Bremen 7. Novbr.; D. ‚President Harding' ab Bremen 14. Novbr.; D. ‚George Washington' ab Bremen 27. Nov.; b) Bremen—New York direkt: D. ‚München' ab Bremen 3. Nov.; D. ‚Canopic' ab Bremen 7. Nov.; D. ‚Bremen' ab Bremen 17. Nov.; D. ‚Sierra Ventana' ab Bremen 21. Nov.; D. ‚President Fillmore' ab Bremen 21. Novbr.; D. ‚Derfflinger' ab Bremen 27. Nov.; D. ‚München' ab Bremen 30. November.

2. **Bremen—Philadelphia—Baltimore—Norfolk.** Dampfer ‚Hameln' ab Bremen 2. Nov.; D. ‚Westfalen' ab Bremen 16. Nov.; D. ‚Porta' ab Bremen 30. November.

3. **Bremen—La Plata.** D. ‚Sierra Nevada' ab Bremen 17. Nov.; D. ‚Werra' ab Bremen 1. Dezember.

4. **Bremen—Brasilien.** D. ‚Hornfels' ab Bremen 3. Nov.; D. ‚Hornsund' ab Bremen 24. November.

5. **Bremen—Cuba—Galveston.** D. ‚Hannover' ab Bremen 17. November.

6. **Bremen—Ostasien.** D. ‚Laomedon' ab Bremen 3. Nov.; ab Hamburg 10. Nov.; D. ‚Saarbrücken' ab Bremen 10. Nov., ab Hamburg 17. Nov.; D. ‚City of Canterbury' ab Bremen 17. Nov., ab Hamburg 24. Nov.; D. . . . . ab Bremen 24. Nov., ab Hamburg 1. Dezember.

7. **Bremen—Australien.** Dampfer ‚Göttingen' ab Bremen 1. Dezember.

(Ohne Gewähr.)

Herausgeber, Drucker und Verleger: Druckerei Dr. Haas, Mannheimer General-Anzeiger, G. m. b. H., Mannheim, E 6, 2.
Direktion: Ferdinand Heymé — Chefredakteur: Kurt Fischer.
Verantwortlich für den politischen und volkswirtschaftlichen Teil: Kurt Fischer; für das Feuilleton: Dr. Fritz Hammes; für Kommunalpolitik und Lokales: Richard Schönfelder; für Sport und Neues aus aller Welt: Willy Müller; für Handelsnachrichten, Aus dem Lande, Nachbargebiete, Gericht u. den übrigen redaktionellen Teil: Franz Kircher; für Anzeigen: Karl Hügel.

MARCHIVUM

National-Theater Mannheim
Donnerstag, den 25. Oktober 1923
Miete D, Reihe drei, 2. Vorstellung
F.-V.-B. Nr 11231—11410, B.-V.-B. Nr. 2351—2530

Ein Maskenball

Oper in 3 Akten — 5 Bildern von F. M. Piave. Musik von Giuseppe Verdi. Spielleitung: Eugen Gebrath. Musikalische Leitung: Paul Breisach. Anfang 6½ Uhr. Ende 9½ Uhr.

Richard, Graf von Warwick — Alfred Färbach
René, sein Sekretär — Josef Burgwinkel
Amelia, René's Gattin — (Gast)
Ulrika, eine Wahrsagerin — Emilie Possert
Oskar, Page — Irene Eden a. G.
Silvan, ein Matrose — Hugo Voisin
Samuel, Tom } Feinde des Grafen — Mathieu Frank, Karl Mang
Ein Richter — Karl Zöller
Ein Diener — Josef Gerharts

Künstlertheater „Apollo“.
Letzte Tage des Prang-Gastspiels
„Auch ich war ein Jüngling“
Schwank von Neal und Ferner. S178

2 Wagen minderwertige
Kartoffeln
sofort preiswert abzugeben. *4357
Raiffeisen, Ludwigshafen, Tel. 168.

26. Oktober Freitag, abds. 7½, Versigsaal
Tänze Edith v. Schrenck.
30. Oktober, Dienstag, abds. 7½, Harmonie
Amar-Quartett Amar, Caspar, Hindemith, Franck
Werke von Schönberg, Dvorak, Bela-Bartok
1. Nov., Donnerstag, abds. 7½, 2. Nov., Freitag
Otto Bernstein, Dresden
spricht I. Heinrich v. Kleist / II. Revolutionäre und parodistische Dichtungen.
Karten für alle Veranst. bei Heckel, O 3, 10, im M'h. Musikhaus, P 7, 14a. 6091

28. Oktober, Sonntag in der Harmonie
Vergnüglicher Abend bei
Hans Reimann
von Karl May bis Courths-Mahler via König Friedrich August von Sachsen
Kart. b. Heckel, O 3, 10, i. M'h. Musikhaus P 7, 14a

Q 4, 5 Versteigerung! Q 4, 5.
Freitag, den 26. Oktober, nachm. ½3 Uhr versteigere: 6092
Möbel aller Art, 40 bessere Stühle u. Tische, Nähmaschine, Haus- und Küchengeräte, Kleider, Schuhe u. a. ungenanntes.
Heinrich Seel, Auktionator
Q 4, 5. Telephon 4506.

Bekanntmachung

betreffend

die Ausgabe neuer Reichsbanknoten über 20 Milliarden Mark mit dem Datum vom 1. Oktober 1923 (I. Ausgabe).

In den nächsten Tagen werden neue Reichsbanknoten über 20 Milliarden Mark in den Verkehr gebracht werden. Sie sind **9×14 cm** groß und werden auf Wasserzeichenpapier gedruckt, das entweder ein Linienmuster mit den Buchstaben G und D oder ein Kugelmuster darstellt. Sie zeigen rechts und links je eine blaue Leiste. Das Mittelfeld mit kräftiger Umrandung trägt auf einem aus feinem Linienmuster gebildeten Untergrunde in der Mitte den Reichsadler und darüber die dunkel erscheinende Wertzahl „20“; es ist in verlaufenden Farben gedruckt, und zwar blau, braun, blau.

In dem Mittelfelde steht folgender blaugrün gedruckter Wortlaut in lateinischer Schrift:

Reichsbanknote

ZWANZIG MILLIARDEN MARK

zahlt die Reichsbankhauptkasse in Berlin gegen diese Banknote dem Einlieferer.

Berlin, den 1. Oktober 1923.

Reichsbankdirektorium

Havenstein v. Glasenapp v. Grimm Kauffmann
Schneider Budczies Bernhard Seiffert
Vocke Friedrich Fuchs P. Schneider

Rechts und links von den Unterschriften befinden sich die Kontrollstempel. Ueber dem linken Kontrollstempel in der Höhe des Datums der Note befinden sich die Kennbuchstaben und Serienziffer, über dem rechten die Nummer der Note in roter Farbe.

Auf der rechten Leiste ist die Wertbezeichnung 20 MILLIARDEN MARK und auf der linken Leiste der Strafsatz in lateinischer Schrift und blaugrüner Farbe aufgedruckt.

Die Rückseite der Note ist unbedruckt.

[Berl]in, den 17. Oktober 1923. E280

Reichsbankdirektorium
Havenstein v. Glasenapp.

Bekanntmachung

betreffend

die Verwendung andersartigen Wasserzeichenpapiers zum Druck der Reichsbanknoten über 10 Milliarden Mark mit dem Datum vom 1. Oktober 1923 (II. Ausgabe).

Die in der Bekanntmachung vom 12. Oktober 1923 beschriebenen Reichsbanknoten zu 10 Milliarden Mark (II. Ausgabe) werden in Zukunft auch auf Papier gedruckt, dessen Wasserzeichen ein Gittermuster mit einem ständig wiederkehrenden S darstellt.

Die Farbe des Papiers ist weiß. E280

Berlin, den 17. Oktober 1923.

Reichsbankdirektorium
Havenstein v. Glasenapp.

Bekanntmachung

betreffend

die Verwendung andersartigen Wasserzeichenpapiers zum Druck der Reichsbanknoten über 500 Millionen Mark mit dem Datum vom 1. September 1923. (I. Ausgabe.)

Die in der Bekanntmachung vom 17. September 1923 beschriebenen Reichsbanknoten zu 500 Millionen Mark (I. Ausgabe) werden in Zukunft auch auf Papier mit Rauten-Wasserzeichen gedruckt.

Die Farbe des Papiers ist weiß.

Berlin, den 17. Oktober 1923. E280

Reichsbank-Direktorium.
Havenstein. v. Glasenapp.

Melliand's Dreiem- Kernseife
Eingetragene Schutzmarke
in 200 Gramm Doppelstücken und 400 Gramm Blockstücken
sowie jede Art
Industrie-, Haushalt-, Toiletten- u. Medizinal-Seifen
in besten Qualitäten. S87
Spezialität:
Textil-chemische Produkte. ✡ **Export nach allen Weltteilen**
M. Melliand Chemische Fabrik Aktiengesellschaft **Mannheim**
Telegramm-Adresse: Textilchemie. Telephon: 5921, 5922, 5923.

Todes-Anzeige.
Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß uns unser lieber Vater
Herr Friedrich Fütterer
nach kurzem schweren Leiden durch den Tod entrissen wurde. *4361
Seine Kinder:
Elisabeth u. Anna Fütterer, Viehhofstr. 17.
Die Einäscherung findet Freitag, den 26. Oktober, nachmittags 2 Uhr hier statt.

Alt-Gold, Silber, Platin
kauft die Schmelzerei E234
Ferdinand Weber, Mannheim, C 4, 19
am Zeughausplatz. Telephon 8391
Früher in Weil u. Weber.

Amtliche Bekanntmachungen

Verfügung.

Für die Dauer des Ausnahmezustandes wird bestimmt: 77

1. Jede Neuerscheinung von Zeitungen unterliegt meiner Genehmigung. Diese ist mit genauen Angaben über Ziele und Zwecke sowie Art und Form des Erscheinens bei mir zu beantragen.
2. Die Herstellung und der Vertrieb von Flugblättern politischen Inhalts sowie Maueranschlägen solchen Inhalts sind verboten.
3. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen werden nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 bestraft.

Stuttgart, den 5. Oktober 1923.
Der Militärbefehlshaber:
gez. Reinhardt, Generalleutnant.

Handelsregister.

Zum Handelsregister B Band XXII O.-Z. 48, Firma „Hugo Stinnes Gesellschaft mit beschränkter Haftung Zweigniederlassung Mannheim“ in Mannheim als Zweigniederlassung mit dem Sitze in Hamburg, wurde heute eingetragen: Durch Gesellschafterbeschluß vom 12. September 1923 ist der Gesellschaftsvertrag hinsichtlich des Sitzes der Gesellschaft geändert. Der Sitz der Gesellschaft ist Mülheim an der Ruhr. Die Prokura des Heinrich aus dem Bruch ist erloschen. 164
Mannheim, den 23. Oktober 1923.
Bad. Amtsgericht B. G. 4.

Zum Handelsregister A Band XXIV O.-Z. 101 wurde heute die Firma „Emil Wesch“ in Mannheim eingetragen. Inhaber ist Emil Wesch, Kaufmann, Mannheim. 164
Mannheim, den 23. Oktober 1923.
Bad. Amtsgericht B. G. 4.

Zum Handelsregister B Band XVII O.-Z. 41, Firma „Wagner Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Mannheim wurde heute eingetragen: Durch den Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 5. Oktober 1923 ist § 2 des Gesellschaftsvertrages mit einem Zusatz versehen, welcher die Einziehung von Geschäftsanteilen betrifft. Albert Maier ist als Geschäftsführer ausgeschieden. 164
Mannheim, den 23. Oktober 1923.
Bad. Amtsgericht B. G. 4.

Amtliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde.

Das städtische Notgeld.

Infolge der neuerlichen überstürzten Entwertung der Mark ist die Reichsbank vorerst nicht in der Lage, den erforderlichen Geldbedarf ganz zu befriedigen. Es gelangt daher zur Behebung der dringendsten Geldnot, dem Wunsche der Handelskammer entsprechend, ab heute städtisches Notgeld zur Ausgabe und zwar:

a) Scheine zu 5 Milliarden Mark; die Scheine zeigen auf der Vorderseite eine Ansicht vom Mühlauhafen. Sie lauten auf 2 Millionen Mark; der Nennwert von 5 Milliarden ist in roter Farbe aufgedruckt.
b) Scheine zu 50 Milliarden Mark. Diese Scheine tragen auf der Vorderseite die Ansicht des Mannheimer Schlosses und lauten auf 5 Millionen Mark. Auch hier ist der Nennwert von 50 Milliarden Mark in roter Farbe aufgedruckt.

Beide Scheine haben die Größe von 80 zu 120 mm.

Die übrigen Kennzeichen, wie Wasserzeichenpapier, Prägestempel, sind die gleichen wie bei den bisher ausgegebenen Notgeldscheinen. Die Laufzeit ist auf 1. Januar 1924 festgesetzt.

Die Rückseite ist, wie bei den bisherigen Scheinen nicht bedruckt. 13

Der Oberbürgermeister.

Erhöhung der Gebühren für den Rosengarten.

Zur Deckung der gestiegenen Betriebs- u. Unterhaltungskosten werden die Gebühren für die Benützung der Räume und Einrichtungen des Rosengartens mit Wirkung vom 27. Oktober 1923 ab wie folgt erhöht:

Mietzinsen: Nibelungensaal 250 000 000 000 M., Musensaal 150 000 000 000 M., Versammlungssaal 50 000 000 000 M. Einlaßgeld: 250 000 000 M., Kleiderablagegebühr: 250 000 000 M. 13

Bis 26. Oktober nicht verwendete alte Einlaßkarten können noch bis 30. Oktober an der Tageskasse im Rosengarten (11—1 und 2—4 Uhr) und beim städt. Materialamt, L 2, 9 umgetauscht werden.

Morgen früh auf der Freibank **Kuhfleisch.** Anfang Nr. 1750. Die Verwaltung. 57

Milliarden

können zu notwendigen Anschaffungen flüssig gemacht werden,

wenn die in Truhen und Kasten in der Bodenkammer schlummernden Gegenstände hervorgeholt und verkauft werden. In Tausenden von Familien ist Nachfrage darnach vorhanden und

durch eine kleine Anzeige im „Mannheimer General-Anzeiger“

werden Verkaufsabsichten diesen rasch bekannt und jeder Sache zahlreiche Liebhaber zugeführt. S234

Wir übernehmen laufend:
Unrunde Automobil-Kurbelwellen u. Cylinder
zum Präzisions-Nachschleifen. **Neuanfertigung von dazu passenden Kolben,** ebenso von **con. u. Stirnräder** aller Konstruktionen, bei schnellster Lieferung. 6916
C. Benz Söhne Automobilfabrik
Ladenburg/Neckar.

Eberhard Meyer
MANNHEIM
Collinistr. 10 Tel. 2318
Beseit. Ungeziefer jed. Art u. welig. Garant.

Offene Stellen

Lohnverrechner (in)
sofort gesucht; es wollen sich nur solche melden, die einen ähnlichen Posten bereits versehen haben. *4354
Frika-Schuhfabrik Akt.-Ges.
Mannheim, Alphornstrasse 13.

Kleineisenwarenfabrik
sucht für hiesigen Ort und weitere Umgebung tüchtigen
Vertreter
Angebote von Herren, die mit der Branche vertraut und bei Industrie und Handel nachweislich gut eingeführt sind, unter E. Y. 22 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten. *4352

Tüchtiger junger Mann
nicht unter 22 Jahren, mit prima Zeugnissen von größerer Handelsfirma für sofort **gesucht.**
Ausführliche Angebote unter F. C. 26 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten. *4362

Hiesige Industriefirma sucht eine junge 6980
Dame
welche sauber und flott Maschine schreibt und neben einer guten Handschrift über buchhalterische Kenntnisse verf. Gefl. Angeb. erb. unt. N. H. 182 a. d. Geschäftsst.

Offene Stellen

Jüngerer tüchtiger
Buchhalter
der mit Lohnverrechnung vertraut ist, sofort gesucht. Angebote unter E. Z. 23 an die Geschäftsst. *4356

In Geschäftshaushalt
tüchtige Frau
zum Waschen u. Putzen wöchentlich einige Tage gesucht. Hohe Entlohnung in bar od. Nahrungsmitteln. Näheres L 14, 3. *4358

Intellig. Haushälterin
für kleinen frauenl. Haushalt zum 1. Nov. gesucht. Angebote unt. F. A. 24 an die Geschäftsstelle. *4359

Alleinmädchen w. perf. kocht, in kl. Haush. (2 Pers.) b. höchst. Lohn ges. Vorzust. O 7, 19, 2. St. *4355

Verkäufe.

Auto-Lieferungswagen
preiswert abzug. Sutter, Schwetzingerstr. 144. *[illegible]

1 Kontrollkasse
m. Vorrichtung f. handschriftliche Eintragung zu verkaufen. 6211
Näheres in der Geschäftsstelle d. Bl.

Kauf-Gesuche.

Nationalkassen
kauft nach Nummerangabe **C. Rittweck**, Berlin - Charlottenburg, Friedbergstr. 29.

Miet-Gesuche.

Ruh. sol. Bankbeamter sucht **möbl. Zimmer** Nähe Bahnhof—Paradeplatz ev. Tausch Neckarstadt. Ang. u. F. B. 25 an d. Geschäftsst. *4360

Wohnungstausch.
In guter Lage in Schwetzingen befindl. Wohnung 8 Zim. mit 2 Küchen, evtl. als zwei Wohnungen verwendbar, geg. 5—6 Zimmer Wohnung in gut. Lage in Mannheim zu tauschen gesucht. Umzug wird vergütet. Angeb. u. F. D. 27 an die Geschäftsst. *4377

Lebensmittelgroßhandlung sucht **Büro-, Lager- und Kellerräume,** evt. auch Wirtschaftsräume. Zeitgem. Miete. Angeb. u. F. E. 28 an die Geschäftsst. *4363

MARCHIVUM